Nr. 564 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 144

Morgen-Ausgabe

30 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30,— Mk., monatl. 10,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10,— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16,50 Mk., für das übrige Ausland pro täglich einmal. Zustellung 21,50 M. Bestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 8,— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2,— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3,— M. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Dienstag, den 16. November 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Bruch mit der Betriebsräte-Zentrale.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission hatte die Delegierten gestern zu einer Plenarversammlung einberufen, um Stellung zu nehmen zu den Beschlüssen des letzten Betriebsrätekongresses. Nach einem Referat des Genossen Urich und nach ziemlich lebhafter Debatte wurde folgender Antrag des Ausschusses mit 93 gegen 30 Stimmen angenommen:

Nachdem der Betriebsrätekongreß bei Organisierung der Betriebsräte im Rahmen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Sanktion erteilt hat, beschließt die am 15. November 1920 stattgefundene Plenarversammlung, sich ebenfalls auf den Boden der Beschlüsse des Betriebsrätekongresses zu stellen.

Wegmann und Neumann von der Betriebsrätezentrale, die verschiedene Male den Versuch unternahmen, die Berechtigung ihrer Existenz nachzuweisen, erlitten mit Annahme dieser Resolution eine völlige Niederlage. Wie der Vorsitzende Sabath am Schlusse der Versammlung feststellte, bedeutet die Annahme dieses Antrages die Lösung sämtlicher Beziehungen zur Betriebsräteorganisation. Näherer Bericht folgt.

Oberschlesiens Abstimmung.

Es wird ziemlich bestimmt berichtet, daß die Volksabstimmung im letzten Drittel des Januar 1921 stattfinden wird.

Die „Oberschl. Landesztg." behauptet, daß an der Grenze starke polnische Truppen aufmarschiert seien; zu ihrer Verschleierung habe die bis zum 19. d. M. verlängerte polnische Eisenbahnsperre gedient.

Der Deutsche Schutzbund teilt mit: Die Sonderzüge, die die stimmberechtigten Oberschlesier aus dem Reiche in das Abstimmungsgebiet bringen, werden geheizt sein. Um eine gute Beheizung unter allen Umständen sicher zu stellen, werden die Sonderzüge mit Heizwagen versehen. Die Züge fahren mit einer Geschwindigkeit von 60 Kilometer in der Stunde, also annähernd mit D-Zug-Geschwindigkeit. Für alte, kränkliche oder kriegsbeschädigte Stimmberechtigte stehen Wagen 2. Klasse zur Verfügung. Alle Vorbereitungen für die Reise und die Unterbringung der Stimmberechtigten sind so getroffen, daß niemand von der Teilnahme an der Volksabstimmung zurückzustehen braucht, selbst wenn der Termin in die kältesten Wintertage fällt.

Der Völkerbund.

Der Genfer Havas-Korrespondent will von einer bedeutenden Persönlichkeit des Völkerbundes erfahren haben, daß Frankreich und England willkommen einig darin seien, die Zulassung Deutschlands nicht zu verhindern.

Die Tagung selbst begann unter belgischem Vorsitz mit einer

Begrüßungsrede Mottas,

des schweizerischen Bundespräsidenten, der nach Worten des Ruhmes für Belgiens Verteidigungskampf und einem Dank an den Völkerbund für die Anerkennung der immerwährenden Neutralität der Schweiz

eine Dankesbotschaft an Wilson

für die Einberufung der ersten Völkerbundstagung nach Genf richtete und dem heißen Wunsche Ausdruck gab, es möchten die Vereinigten Staaten im Völkerbunde ihren Platz einnehmen.

Motta schilderte sodann die Folgen des Krieges, welcher lehre, daß von allen das menschliche Geschlecht verfolgenden Uebeln für Besiegte, aber auch für Sieger der fürchterliche Krieg das größte sei. Aus dieser Erkenntnis sei die Idee des Völkerbundes erwachsen, dessen Wirkung dauernd die Entwicklung der Staaten beeinflussen werde. Diesem Urteil könne trotz der Lücken und unvermeidlichen Mängel des ersten Völkerbundsvertrages kein Abbruch getan werden. Selbst wenn das gegenwärtige von so vielen Staaten errichtete Gebäude dem Zusammenbruch geweiht wäre, würden dessen Fundamente noch fortbestehen. Ohne Völkerbund wären Verträge, die dem Frieden dienten, schon jetzt nicht mehr durchführbar. Die erste Völkerbundsversammlung dürfe nicht auseinandergehen, ohne den

ständigen internationalen Gerichtshof

geschaffen zu haben, welcher der friedlichen Lösung von Streitigkeiten zwischen den Staaten dienen solle. Der Völkerbund werde gestärkt sein, wenn die Sieger nicht mehr auf die

Mitwirkung der Besiegten

verzichten.

Motta fuhr fort: Die Völker müssen verzeihen können und sie sind nur dann groß, wenn sie dies tun. Der Tag wird kommen, an dem ein vom Taumel geheiltes, vom Elend befreites Rußland im Völkerbund Ordnung, Sicherheit und wechselseitige Hilfe suchen wird. Der Bundespräsident sprach sodann von den Aufgaben des Völkerbundes. „Es ist undenkbar, daß die Staaten auch fernerhin sich unter die erdrückenden Lasten militärischer Ausgaben beugen. Die Lehren des Krieges werden nicht vergeblich gewesen sein. Auch dürften die Staaten sich nicht durch wirtschaftliche Schutzzollschranken gegenseitig absperren. Diejenigen Länder, die Kohle, Eisen und anderes fördern, dürfen keine Monopole dafür errichten, sondern müssen den anderen Ländern abgeben." Bundespräsident Motta feierte zum Schluß

die Demokratie,

die die stärkste Wehr gegen die Diktatur von Minderheiten sei und erklärte, daß die Demokratie ihre Hauptaufgabe in der Erziehung der Völker sehen müsse. Sie müsse auch allen sozialen Strömungen freie Bahn verschaffen. Redner schloß unter lebhaftem Beifall mit den Worten Dantes: „Die Liebe treibt die Sonne und die anderen Sterne."

Vorsitzender Hymans erklärte, daß, wenn es den Genfer Verhandlungen gelänge, für die Annäherung der Staaten (etwa wie durch die amtliche Dynamitsprengung des deutschen Kriegerdenkmals in Charleroi? Red.) die Wege zu ebnen, ein guter Schritt vorwärts getan worden sei für eine bessere Zukunft der Völker. Der Völkerbund habe den Ehrgeiz, nach und nach ein gemeinsames Band um die Nationen zu schlingen, geknüpft von dem Grundsatz der gegenseitigen Loyalität. Ein Geist der Solidarität müsse geschaffen werden, um die Leiden der Völker zu erleichtern.

Als Präsident wurde gewählt der belgische Delegierte Hymans mit 35 von 41 Stimmen.

Weitere Stimmen entfielen auf Bundespräsidenten Motta vier, auf Ador-Genf eine Stimme, auf Leon Bourgeois-Frankreich eine Stimme.

Die Nachmittagssitzung war mit Debatten über die Geschäftsordnung, die Tagesordnung und Bildung der Ausschüsse ausgefüllt. Lebhaften Anteil an der Debatte nahm Lord Robert Cecil, der Süd-Afrika vertritt, ferner Tittoni, Viviani und vor allem Bourgeois. Leon Bourgeois war schnell auf der Tribüne, als Lord Cecil anläßlich der Gesuche Bulgariens und Deutschösterreichs beantragte, die Zulassungsfrist für die Völkerbundskandidaten über den 15. Oktober zu verlängern. Der französische Delegierte legte Wert darauf, ausdrücklich festzustellen, daß die Fristverlängerung für die Anmeldung nichts mit der Aufnehmbarkeit der etwaigen Staaten zu tun habe.

Deutschland wartet ab.

Der deutsche Gesandte in Bern, Genosse Adolf Müller, gewährte dem „Journal de Genève" eine Unterredung, in der er ausführte: „Deutschland wird von der Völkerbunds-Vollversammlung seine Aufnahme in den Bund nicht verlangen. Eine darauf abzielende Bitte, im gegenwärtigen Augenblick vorgebracht, würde lebhafte Erörterungen in der Versammlung entfesseln, und gewisse Staaten haben zu verstehen gegeben, daß sie sich einer unmittelbaren Zulassung Deutschlands widersetzen würden. Ich weiß nicht, ob diese Staaten hinreichende Unterstützung finden würden, um ihrem Standpunkt zum Siege zu verhelfen. Wie dem auch sein möge, eine Erörterung dieser Art könnte nicht ohne Gefahr für den Bestand des Völkerbundes selber sein. Im übrigen ist die deutsche Regierung der Ansicht, daß der Völkerbund in seiner gegenwärtigen Form keineswegs vollkommen ist. Wie könnte er es auch sein, da er, um nur diese beiden Staaten zu nennen, weder Rußland noch Nordamerika zu seinen Mitgliedern zählt und gerade die Universalität seine Existenzbedingung ist? Was ich sagte, bedeutet aber nicht, daß Deutschland auf seiner Zurückhaltung beharren würde, im Falle eine Delegation die Frage seiner Zulassung aufwirft und diese von der Vollversammlung genehmigt wird. Deutschland würde eine auf Grund solcher Entscheidung ergehende Einladung natürlich nicht ablehnen."

Danzig.

Genf, 15. November. (WTB.) Im Völkerbundrat plädierte Oberbürgermeister Sahm-Danzig in deutscher Sprache dagegen, daß Polen mit der militärischen Verteidigung Danzigs betraut werden solle, und wies auf die Gefahr hin, die der polnische Imperialismus für Danzig bedeute. Er führte zum Beweise Stellen aus einem „Danzig und Polen" betitelten Buche des polnischen Delegierten Askenasy an. Dieser antwortete sehr lebhaft. Angesichts der Meinungsverschiedenheiten vertagte der Völkerbundrat seine Beschlußfassung. Der polnische Standpunkt in der militärischen Frage wurde von Frankreich und England unterstützt.

•

Montag nachmittag ist in der Verfassunggebenden Versammlung die Freiheit der Stadt Danzig durch den stellvertretenden Oberkommissar, Oberstleutnant Strutt, verkündet worden. Zum Schluß sagte Strutt: „Jetzt, meine Herren, als Soldat zu Soldaten sprechend — denn fast alle von Ihnen sind Soldaten gewesen, Soldaten der größten und bewundernswertesten (!) Armee, die die Welt je gesehen hat (lebhaftes Bravo! rechts) — sage ich Ihnen: Laßt uns Frieden halten jederzeit, sowohl innerhalb wie außerhalb dieses Raumes. Die Welt braucht Frieden. Mögen Danzig und Polen darin ein Vorbild sein. Beide Völker mögen glücklich und zufrieden nebeneinander leben, blühen und gedeihen durch gegenseitiges Vertrauen und Freundschaft, bei gegenseitiger Unterstützung! Hiermit erkläre ich feierlich die Stadt Danzig und das sie umgebende Gebiet mit dem heutigen Tage zur Freien Stadt."

Die französischen Sozialisten und Moskau.

Paris, 15. November. (WTB.) Dem Parteitag der Sozialisten des Seine-Departements liegen drei Tagesordnungen vor. Eine, die von Cachin und Frossard ausgeht, spricht sich für den bedingungslosen Anschluß an die Dritte Internationale aus. Die zweite Tagesordnung von Longuet ist für den Anschluß, jedoch nur unter gewissen Bedingungen. Die dritte Tagesordnung, die von Blum, Mayerah, Renaudel und Bracke unterzeichnet ist, verwirft den Anschluß. Die Verhandlungen des Parteitages werden kommenden Sonntag fortgesetzt. Die Abstimmung erfolgt in 14 Tagen.

Ein Signal aus Sachsen.

Auch wenn man in Rechnung stellt, daß sich bei der endgültigen Zählung der Wahlstimmen noch einige Korrekturen der bisher vorliegenden Resultate ergeben, so läßt sich doch aus den im gestrigen Abendblatt von uns mitgeteilten vorläufigen amtlichen Resultaten ein Ueberblick über die sächsischen Landtagswahlen gewinnen. Sie stellen sich in ihrer Gesamtheit dar als ein leuchtendes Warnungssignal für die gesamte Arbeiterklasse, das in keinen Schichten des Proletariats unbeachtet bleiben darf.

Man kann diese Zahlen selbstverständlich nicht vergleichen mit den Ziffern der Wahlen vom Januar 1919. Was damals unter dem Eindruck der Revolution sich bei der Wahl zur Nationalversammlung und zur sächsischen Volkskammer ergab, ist inzwischen durch die Reichstagswahl im letzten Juni nach mancher Richtung hin korrigiert worden. Zwischen den Januarwahlen von 1919 und den Juniwahlen von 1920 lag die Zeit des wirtschaftlichen Niederganges, der inneren Unruhen, lag die Zeit der planmäßigen Verhetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft durch die Unabhängigen und Kommunisten. Die Mißstimmung, die gegen die sozialdemokratische Regierung auch in Sachsen aufgepeitscht worden war, fand ihre Entladung bei den Reichstagswahlen. Das Kennzeichen jener Wahl war der Rückgang der alten Sozialdemokratischen Partei und das enorme Anschwellen der Unabhängigen, die sich in den Gewinn mit den beiden monarchistischen Parteien, den ehemals Konservativen und Nationalliberalen, teilten.

Das Kennzeichen der Landtagswahlen vom Sonntag hingegen ist der Zusammenbruch der Unabhängigen Partei und ein erheblicher Verlust der — Deutschen Volkspartei, die sich vor den Reichstagswahlen stolz als die Partei des Wiederaufbaus bezeichnete und durch die wenigen Monate ihrer Regierungstätigkeit im Reiche schon an Vertrauen bei der schwankenden Wählerschaft gewaltig verloren hat.

Nach den uns vorliegenden Gesamtzahlen aus den einzelnen Wahlkreisen sind abgegeben worden im ganzen Freistaat Sachsen für die

	Landtagswahl	Reichstagswahl	
Sozialdemokraten	567 493	581 778	— 14 285
Unabhängige (rechts)	280 218	589 514	— 192 343
Unabhängige (links)	58 091		
Kommunisten	115 000	rd. 105 000	+ 10 000
Demokraten	157 104	218 385	— 61 281
Deutsche Volkspartei	379 182	448 372	— 69 190
Deutschnationale	427 087	412 810	+ 14 277

Danach haben von je hundert Stimmen verloren: Die Sozialdemokraten 2,4, Unabhängigen (beider Richtungen) 42,61, Demokraten 28,67, Deutsche Volkspartei 15,44; gewonnen haben die Deutschnationalen 3,3 Proz. und die Kommunisten rund 9,53 Proz.

Um ein möglichst genaues Bild zu geben, lassen wir im Nachstehenden die Vergleichszahlen aus den einzelnen Wahlkreisen folgen:

	am 14. Novbr.	am 6. Juni	gewonnen	verloren
I. Wahlkreis: Dresden-Bautzen.				
Sozialdemokraten	232 146	240 977	—	8 831
U.S.P. (rechts)	65 601	188 406	—	107 875
U.S.P. (links)	14 980			
Kommunisten	12 862	rd. 9 000	rd. 3 800	—
Demokraten	54 765	96 020	—	41 255
Deutschnationale	169 841	149 837	20 004	—
Deutsche Volkspartei	134 661	172 033	—	37 372
II. Wahlkreis: Leipzig.				
Sozialdemokraten	68 724	57 749	10 975	—
U.S.P. (rechts)	148 722	267 520	—	75 637
U.S.P. (links)	43 161			
Kommunisten	24 004	12 859	11 145	—
Demokraten	55 595	53 400	2 195	—
Deutschnationale	118 933	107 288	11 645	—
Deutsche Volkspartei	110 969	135 639	—	21 670
III. Wahlkreis: Chemnitz.				
Sozialdemokraten	266 623	283 052	—	16 429
U.S.P. (rechts)	65 895	133 558	—	67 663
U.S.P. (links)				
Kommunisten	78 330	82 044	—	3 714
Demokraten	46 744	68 965	—	22 221
Deutschnationale	138 383	155 685	—	17 302
Deutsche Volkspartei	133 526	143 600	—	10 074

Schon in einer Vorbesprechung über die Landtagswahlen ist im „Vorwärts" darauf aufmerksam gemacht worden, daß eine allgemeine Wahlmüdigkeit die Parteien bedrücke. Tatsächlich sind auch nur kaum 70 Proz. der Wähler an die Wahlurne gekommen. Verglichen mit der Reichstagswahl sind über 300000 Stimmen weniger abgegeben worden. Ist diese Wahlmüdigkeit an sich schon kein erfreuliches Zeichen in der Demokratie, die alle Staatsgewalt vom Volke ausgehen läßt, so ist es in diesem Falle noch besonders bedauerlich, daß der Verlust in weit höherem Maße die Arbeiterparteien und die bürgerlichen Demokraten betrifft, als die rechtsgerichteten Strömungen. Wenn in diesem Falle überhaupt eine Befriedigung am Platze ist, so könnten wir Sozialdemokraten allerdings mit Befriedigung feststellen, daß der Verlust unsere Partei am wenigsten betroffen hat.

Von den etwa 314 000 weniger abgegebenen Stimmen fallen auf die Sozialdemokraten nur 14 000 Verlust, während die bürgerliche Demokratie nicht weniger als 61 000 einbüßte. Die Unabhängigen beider Richtungen haben indessen einen Verlust von 251 205 zu buchen. Das ist rund eine Viertelmillion von Wählern, die nicht gestimmt haben und die auch nicht den noch Radikaleren zugute gekommen sind. Es ist für die Unabhängigen ein schwacher Trost, daß auch die Deutsche Volkspartei mit einem Verlust von fast 70 000 seit den letzten Reichstagswahlen zu rechnen hat, und daß der Gewinn der Deutschnationalen sich auf ganze 14 000 Stimmen beläuft.

Der Stempel, der den Landtagswahlen aufgedrückt wurde, ist dieser: Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterfrauen, die ihrer ganzen Klassenlage nach zur Sozialdemokratie gehören, sind durch jahrelange Aufpeitschung aller Leidenschaften von der alten Sozialdemokratie fortgelockt worden, um der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei am 6. Juni durch ihr Votum eine Stärke zu geben, die sie zur Wahrung der Arbeiterinteressen befähigte und verpflichtete. Diese Arbeiterschichten hatten allerdings auf ein falsches Pferd gesetzt. Denn anstatt mit der Sozialdemokratischen Partei, die in Sachsen trotz allem am 6. Juni und auch heute noch die stärkste Partei blieb, gemeinsam die Regierung zu übernehmen und so durchzusetzen, was im Interesse der Arbeiterschaft durchzusetzen war, lehnte die U.S.P. jede Beteiligung an der Regierung ab. Dafür erging sie sich in weiteren heftigen Beschimpfungen der alten Partei, bis ihr Oktober-Parteitag von Halle aller Welt offenbarte, wie unendlich morsch ihr inneres Gebäude war. An Stelle der von ihren Wählern erhofften großen Aktion zur Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse hat die U.S.P.D. lediglich eine neue Spaltung und eine neue Verhetzung ihrer Anhänger untereinander gebracht. Während die Wählerschaft erwartete, daß diese „radikalen" Sozialdemokraten sich mit Eifer an die Eroberung der politischen Gewalt auf Grund der großen Wahlziffern machen würde, hat sie nur in innerem Bruderstreit der Welt bewiesen, daß in den jeweiligen Lagern der „Rechten" oder „Linken" Verräter, Bonzen und dergleichen schöne Dinge zu finden seien. So bedauerlich es ist, daß Hunderttausende von Wählern sich durch dieses Treiben die Ausübung der Wahlpflicht haben verekeln lassen, so verständlich ist das vom rein psychologischen Standpunkt. Es geht auf die Dauer nicht an, daß innerhalb der Demokratie eine große, vom Vertrauen der Wähler getragene Partei sich lediglich auf revolutionäre Phrasen und auf reine Opposition beschränkt. Das rächt sich, wie das sächsische Exempel zeigt, schon in kurzer Zeit.

Auf der anderen Seite zeigt der Wahlausgang auch der „Wiederaufbaupartei", wie schwierig unter den heutigen Umständen es ist, die Verantwortung in der Regierung tragen zu helfen. Sie, die sich bis in den Sommer dieses Jahres hinein in Angriffen und Anklagen auf die alte Koalition förmlich überschlug, trägt jetzt seit fünf Monaten erst die Last der Verantwortung im Reiche. Eine Begleiterscheinung ihrer Mitwirkung ist die in immer größerem Maße wieder eingeführte freie Wirtschaft und damit die ungehemmte Steigerung aller Preise für Lebensmittel, ein rapider Sturz des Markwertes, kurz eine Verschlechterung der Wirtschaftslage, wie sie von uns Sozialdemokraten vorausgesagt worden ist. Der Verlust von rund 70 000 Stimmen ist die erste Quittung für die Nichterfüllung ihrer großspurigen Versprechungen.

Das Gesamtbild, das sich heute aus den Wahlen gewinnen läßt, ist also, daß die bisher bestehende sozialistische Mehrheit im Landtage wahrscheinlich erhalten bleibt, wenn auch nur mit einer oder zwei Stimmen. Allerdings kann mit dieser Mehrheit nichts angefangen werden, denn die Kommunisten und Neukommunisten lehnen bekanntlich jede Beteiligung an der Regierung ab, und ob die Rechtsunabhängigen nach den Lehren dieser Wahl bereit sein werden, mit Sozialdemokraten und Demokraten eine gemeinsame Regierung gegen die vereinigten Rechtsparteien und Kommunisten zu bilden, steht noch dahin. Nach den neuesten Berechnungen, die allerdings auch noch nicht endgültig sind, wird sich der Landtag zusammensetzen aus 27 Sozialdemokraten, 13 Rechtsunabhängigen, 3 Linksunabhängigen, 6 Kommunisten, 1 Zentrum, 20 Deutschnationalen und 18 Deutschen Volksparteilern. Rein rechnerisch wäre also eine Regierung aus Sozialdemokraten, Rechtsunabhängigen und Demokraten mit Unterstützung des Zentrumsabgeordneten möglich. Nach allem, was wir erlebt haben, ist aber mit dieser Regierungsbildung kaum zu rechnen. Zum Schaden der Arbeiterklasse werden sich die Rechtsparteien an das Werk machen, um ihrerseits die Regierungsgewalt an sich zu reißen. Daß die Unabhängigen ihnen dabei in die Hände gespielt haben, ist ihre geschichtliche Schuld.

Die Not am Rhein.

Die Wohnungsnot im ganzen Reiche ist grenzenlos. Besonders schwer hat aber unter ihr die Bevölkerung des besetzten Gebietes und unter ihr wiederum die von Köln zu leiden. Unser Kölner Parteiorgan bringt erschütterndes Material, dem wir folgendes entnehmen:

Rund 80 000 Personen, das ist etwa ein Achtel der Bevölkerung, sind zu unmittelbaren Opfern der Wohnungsnot geworden. Von diesen haben 40 000 überhaupt keine Familienwohnung, während die anderen 40 000 in völlig unzureichenden Wohnungen leben. Die Stadt hat bisher 14 Millionen für Neubauten aufgewendet und kann jetzt aus eigenen Mitteln größere Zuschüsse nicht mehr leisten. Während fast überall die Bevölkerungszahl zurückgegangen ist, hat Köln eine Vermehrung seiner Einwohnerzahl um 50 000 seit dem 1. Januar 1919 zu verzeichnen. Dadurch wird die Wohnungsnot natürlich wesentlich verschärft. Im August d. J. waren insgesamt 26 287 Anträge auf Wohnungsüberweisung gestellt. Diese Zahl hat sich im Oktober um täglich 100 vermehrt, so daß zurzeit ein Fehlbetrag von 30 000 Räumen zu verzeichnen ist.

Ganz enorm wird diese trostlose Lage durch die aus 18 000 Köpfen bestehende Besatzung verschärft. Von ihr werden 10 540 Räume belegt, wozu noch rund 25 000 Quadratmeter Bureauräume im Zentrum der Stadt und die Beschlagnahme von 16 Hotels kommt. Für Lazarettzwecke hat die Besatzung ein öffentliches Krankenhaus und drei Schulen, darunter die staatliche Maschinenbauanstalt, beschlagnahmt.

Trotz dieses Wohnungselends gedeihen in Köln, wie hier in Berlin, die Vergnügungslokale, der verschiedensten, oft recht zweifelhaften Art, sehr üppig. Ihre Zahl nimmt dauernd zu. Bei der Rationierung von Privatwohnungen ist die Besatzung ein großes Hindernis. In fünf großen linksrheinischen Vororten und in der Nähe der Kasernen ist jede von Deutschen verlassene Wohnung zunächst der Besatzung anzubieten. In großen Stadtbezirken ist die Zwangseinmietung unmöglich, weil die Besatzung ein Vorrecht auf die Wohnungen beansprucht. Infolge der Zunahme der Zahl jener Unteroffiziere und Mannschaften, die sich verheiraten — ein Eheverbot besteht in der englischen Armee nicht — dürfte sich die Zahl der Familienquartiere für Angehörige der Besatzungsarmee noch vermehren.

Für die Besatzung sind ferner folgende Neubauten zu beschaffen:

1	Wohnung für den Oberkommandierenden der britischen Rheinarmee		M.	1 990 000
5	weitere Generalswohnungen	je M. 1 050 000 =	„	5 250 000
58	Wohnungen für Oberste	„ „ 860 000 =	„	49 880 000
108	„ „ Majore	„ „ 506 000 =	„	54 648 000
178	„ „ Hauptleute	„ „ 347 000 =	„	60 081 000
876	„ „ Leutnants	„ „ 814 000 =	„	118 064 000
871	„ „ Feldwebel	„ „ 176 000 =	„	65 296 000
1000	„ „ Unteroffiz. u. Mannschaft	„ „ 110 000 =	„	110 000 000
3962	Wohnungen zum Gesamtbetrage	. . . von	M.	405 159 000

Die Stadt Köln hat sich erneut an die Reichsregierung um Hilfe gewandt, damit diese notwendigen Bauten ausgeführt werden können. Im Interesse der unter der Besatzung so schwer leidenden rheinischen Hauptstadt und ihrer Bevölkerung ist zu wünschen, daß der Besuch des Reichskanzlers dem Wunsch der Kölner nach Befreiung aus ihrer Wohnungsnot seiner Erfüllung näherbrachte.

Verschiebung der Landtagswahlen?

Nach den Beschlüssen des Aeltestenrats wird sich die Preußische Landesversammlung am 16. bis zum 22. oder 23. November vertagen. In den Tagen vom 18. bis 20. November sollen die Ausschüsse ihre Arbeiten nach Möglichkeit fördern. Im Dezember werden die Tagungen wahrscheinlich bis zum 18. dauern. Im Januar nächsten Jahres soll noch eine kurze Tagung stattfinden. Es soll in den nächsten Sitzungen noch darüber verhandelt werden, ob es nicht zweckmäßig ist, die Wahlen zum Preußischen Landtag anstatt am 13. Februar am 20. Februar stattfinden zu lassen. Für die dritte Lesung der Verfassung ist der 25. November in Aussicht genommen worden.

Die unbeliebten Kriegsgesellschaften.

In der Fortsetzung der Debatte des Hauptausschusses des Reichstages (vgl. gestr. Abend-Ausg.) stellt Abg. Dr. Rießer (D. Vp.) zunächst folgende Anfragen: 1. Welche Kriegsgesellschaften bestehen noch und für welchen Zeitpunkt ist deren Auflösung in Aussicht genommen; 2. wie lange ist noch das Fortbestehen des Reichskommissars für die wirtschaftliche Demobilmachung und der seine Befugnisse regelnden Verordnungen in Aussicht genommen. Redner beschwert sich dann darüber, daß der Reichswirtschaftsminister die Stillegungsverordnung erlassen habe, ohne sie dem Reichstag vorzulegen. Dann wendet sich Redner dagegen, daß der Abg. Hoch (Soz.) in der letzten Sitzung des Hauptausschusses die angeblich verbrecherische Politik der durch Rießer vertretenen freien Wirtschaft gegeißelt habe, die jetzt durch den Sozialisierungsantrag beseitigt werden müsse.

Minister Scholz erwidert, daß im fünften Ausschuß gewisse Strömungen vorhanden waren, die Ausfuhrabgaben ganz aufzuheben, jedoch wurde schließlich ein Kompromißweg gewählt, der ihm einwandfrei erschienen sei. Betreffs der Ausdehnung der Braunkohlenförderung stellte der Minister eine

Steigerung der Produktion

fest. Zur Frage der Bergarbeiterwohnungen erklärt der Minister, daß in Oberschlesien bereits 2100 Wohnungen gebaut worden seien, gegen welche Zahl die 200 bis 300 neuerbauten Wohnungen im Ruhrgebiet allerdings verschwinden. Der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht sei ein sozialistischer (Doch wohl kaum, „wie er sie auffaßt". Anm. d. Red.) und demokratischer. Ein Zusammenhang mit der Frage der Arbeitslosigkeit bestehe bei diesem Problem überhaupt nicht. Betreffend den Stand der Kriegsgesellschaften werde noch ein genauer Bericht angefertigt werden. Abg. Albrecht (D. Vp.): Die Kohlenpreise sind so knapp bemessen (?? Die Red.), daß für die Siedlungsbauten nichts übrig bleibt. Von Milliardengewinnen könne gar nicht die Rede sein. — Nach Beantwortung verschiedener Fragen betreffs Besoldung seiner Beamten durch Minister Scholz wird der Titel für die Beamtenbesoldungen in der Höhe von 3 143 225 M. vom Hauptausschuß bewilligt. Angenommen werden dann noch weitere Positionen im Gesamtbetrage von 14 435 915 M.

Dienstag Weiterberatung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums.

Besoldungsberatungen. In einer interfraktionellen Sitzung sämtlicher Parteien der Preußischen Landesversammlung betonte der preußische Finanzminister Lüdemann, es sei notwendig, daß jetzt so rasch wie möglich gehandelt würde. Deshalb müßten die Parteien im Interesse der Einigung auf manche Forderungen verzichten, selbst auf solche, die sie für notwendig halten. Ferner sei erforderlich, daß auch die Beamten die ungemein schwierige Lage der Finanzen Preußens berücksichtigen, die die Erfüllung der weitergehenden Forderungen völlig ausschließen. Der Präsident der Preußischen Landesversammlung, Leinert, erklärte sich bereit, alles zu tun, was eine Beschleunigung der parlamentarischen Arbeiten ermögliche.

Kulturnotopfer.

Von Paul Gutmann.

Ueber die wirtschaftliche Notlage der Werdenden, der Studenten und Kunststudierenden, hat die Presse wiederholt erschütternde Einzelheiten bekannt gegeben. Das Los der Gewordenen, derjenigen, die zumeist durch ihre geistige Arbeit bereits Werte für die Allgemeinheit geschaffen haben, ist der Oeffentlichkeit im großen ganzen unbekannt. Das grelle Rampenlicht, das die wenigen Glücklichen beleuchtet, von denen die Menge Kenntnis nimmt, verstärkt das Dunkel, worin Hunderte vom Schicksal Mißhandelter ihr Dasein verbringen. Nur besonderes Aufsehen erregende Fälle, wie der Tod jenes begabten Musikers, der unlängst in den Tiefen der Havel Erlösung suchte, oder der, scheinbar nicht hierher gehörige, Fall Kaiser — es wird hierüber noch ein Wort zu sagen sein — werfen eine blitzartige Erleuchtung über das geistige und wirtschaftliche Elend der freien Schriftsteller und Künstler. In ihren Berufsgenossenschaften weiß man freilich Bescheid, wie es hinter den Kulissen aussieht; um so unbegreiflicher ist indes die Schamhaftigkeit oder die falsche Prestigepolitik, die verhindert, daß die Oeffentlichkeit ohne Rückhalt über die trostlose Lage jener Berufe aufgeklärt wird. Denn diese Sache geht die Nation an, nicht bloß die betreffenden Erwerbskreise. Die Geister müssen wachgerüttelt werden und erkennen, daß, trotz der noch hier und da zur Entfaltung kommenden Blüten, der Stamm der Kultur bereits abstirbt und gänzlich zugrunde geht, wenn nicht Abhilfe geleistet wird.

Save our souls (Rettet unsere Seelen), der Ruf der Schiffe in Seenot, ist der Schrei, den Hunderte von geistig schaffenden Menschen, darunter sehr viele Schöpfer anerkannter Werke, heute ungehört in die Welt hinausstoßen. Es dürfte nichts schaden, einiges von den Begleitvorgängen zu verraten. In der Delegiertenversammlung eines der größten Schriftstellerverbände, dem die namhaftesten Buchautoren angehören, wurde widerspruchslos festgestellt, daß es kaum einen Schriftsteller mehr gäbe, der nicht durch die Not der Zeit gezwungen wäre, Zuflucht in einem ihm fremden Beruf zu suchen. Als Gegenstück hierzu berichtete der Münchner Delegierte, daß ihm ernste Schriftsteller bekannt seien, die wegen Mangels an Bekleidungsstücken nicht mehr ihr Kämmerlein zu verlassen imstande wären. Vögel im Käfig, die sich das Futter nicht mehr suchen können! Man stelle sich einen ähnlichen Vorgang in einer Arbeiterorganisation vor! Aber der Künstler ist edel, er wahrt den Schein auch dann noch, wenn ihm der Boden unter den Füßen entschwindet. Nein, er ist ein Trottel, der sein Schicksal verdient, wenn er, dem das Wort gegeben ist, das Berge versetzen soll, nicht unermüdlich die Gleichgültigkeit und Dummheit der Zeit damit bekämpft.

Ja, die Kultur ist ein herrliches Ding, das der satte Bürger im trauten Heim oder in den Unterrichtsanstalten, die seine Welt verklären, nicht genug zu preisen weiß. Denkt er je daran, daß die Träger dieser Kultur genau so, oder fast so wie er, essen müssen, um leben und schaffen zu können? Die Kultur, die er meint, ist die Anleihe von gestern. Die Kultur von heute und morgen muß aber aufhören, wenn nicht ein Mittel gegen ihr schweres Siechtum gefunden wird. Der Antisozialist Nietzsche meinte, daß ein Volk der Umweg zu ein paar Genies sei. Wir sind der Ansicht, daß die schöpferische Phantasie eine Lebensnotwendigkeit für das ganze Volk ist. Wenn also Schriftsteller und Künstler zeitweilig nicht mehr wirken können, so muß der Staat eingreifen. Es geht nicht länger an, diesem sich täglich verschlimmernden Zustand untätig zuzuschauen. Jetzt darf ich auch auf den Fall Kaiser verweisen. Es handelt sich hier um einen begabten Künstler, dem die Not eines früheren Jahrzehnts wie ein Bleigewicht an den Füßen hing. Die Zensur hatte seine Stücke verboten, für die Unternehmer war er noch keine Sensation. Man muß im Wahnsinn gestorben sein, wie Lautensack, oder den wilden Mann spielen, wie Wedekind, um für sie ein Kassenartikel zu werden. Jetzt ist Kaiser ihr Mann, jetzt, wo es für ihn zu spät ist. Infolge der zehn Jahre Vorschuß aber war die Ernte bereits auf dem Halm verpfändet. Dieser Fall liegt besonders krass. Es gibt zahllose andere. Von dem dieser Tage verstorbenen Cäsar Flaischlen weiß man, daß die Not der Zeit seine Nerven zerbrochen hat; von Ernst v. Wolzogen las man, daß er nicht die Mittel habe, die Anordnungen seines Arztes zu befolgen; eine der ersten Frauen unserer Zeit lebt im Elend. Ja, es ist nicht nötig, Namen aufzuzählen, das Unglück ist allgemein.

Abhilfe? Es gibt viele einfache und zum Teil selbstverständliche Mittel. Die Aufführungen der Klassiker und aller sonstigen Werke, deren Schutzfrist erloschen ist, müßten zugunsten lebender, verdienter Autoren besteuert werden, wie es beispielsweise in Frankreich seit langem geschieht. Die auf Verdienst zielenden Leihbibliotheken müßten einen Prozentsatz ihrer Einnahmen abliefern. Die Uebersetzungen ausländischer Bücher, ebenso die Aufführungen ausländischer Autoren, sollten in einer Weise besteuert werden, daß es nicht mehr so wie Käse lohnt, dem einheimischen Autor den fremden vorzuziehen. Das verstößt keineswegs gegen unser auf den freien Verkehr der Nationen gerichtetes Prinzip. Solange unsere Nation durch wirtschaftliche Repressalien unserer früheren Feinde in seiner Existenz beeinträchtigt ist, erscheint es sogar als Pflicht, die schöpferische Kultur wenigstens vor dem Untergang zu bewahren. Die Ausländerei unserer Geschäftsbühnen und Verleger ist schon vor dem Krieg von allen Einsichtigen bekämpft worden. Benutzen wir sie zum mindesten, um einen Teil der Tantiemen unseren notleidenden Dichtern zukommen zu lassen.

Unser Appellist an den Staatsgerichtet. Wird er den Notschrei hören? Wird er zu der einzig möglichen Abhilfe, zur Errichtung einer Kulturnotkasse schreiten? Wird er die deutsche schöpferische Kultur vom Untergang retten?

Im Bernhard-Rose-Theater wurden als Vorstellung einer sonst gänzlich unbekannten „Freien literarischen Bühne" am Sonntag nachmittag zwei Dramen Willy Denckers aufgeführt, die bei durchaus gewandter Verfiflikation und vermutlich ernstem Wollen den Eindruck einer Art von seelischer Farbenblindheit machten. Der Autor, der für seine Helden Sympathien wecken, sie zu symbolischen Gestalten steigern möchte, schien kein Gefühl dafür zu haben, wie die zu diesem Zweck erfundene dramatische Handlung die Absicht in ihr Gegenteil verkehrt, ja stellenweise geradezu parodiert. — Im „Weib zu Gibea", einer alttestamentarisch kostümierten Geschichte, hält der mit einer Stammfremden vermählte levitische Prophet vor einem älteren Juden schwungvolle Reden auf die Göttlichkeit der Liebe und auf sein junges Weib, um dann, als fanatisierter Pöbel draußen die Auslieferung der fremden Frau verlangt, ruhig zu dulden, daß sich die Geliebte und des Alten Tochter für ihn opfern! Als sie geschändet und gemordet sind, ergeht er sich sodann in blutigen Racheschwüren.

Noch grotesker wirkt der Widerspruch in der „Brautnacht einer Königin". Ein Narr, in dessen buckligen Körper (nach des Autors Ansicht) eine männlich kühne, zu stolzem Höhenflug gestimmte Seele wohnt, hat sich in die schöne Herrscherin vergafft, die mit dem armen Kerl ihr Spiel treibt. Indeß, ein roter Purpurmantel, den er dem Leichnam eines im Turnier gefallenen Prinzen stiehlt, genügt ihr, um den so Verkleideten für einen Fürsten zu halten. Sie feiert auch gleich auf der Stelle mit ihm Brautnacht, ohne selbst bei der Gelegenheit den Buckel zu bemerken. Edel wie er ist, will er den Betrug durch einen Selbstmord sühnen, wird aber, ehe er dazu kommt, durch einen Dolchstoß der nachträglich Aufgeklärten umgebracht. Doch einen Trost hat er im Sterben. Pflanzt euch hinauf, so sagte Zarathustra. Im Geist sieht er aus seinem Samen einen Sohn erblühen, der alle Glut der eigenen Feuerseele mit aller Schönheit der Geliebten in sich vereinen wird. Es sind Verrenkungen des einfachen Empfindens, die an Gewaltsamkeit kaum überboten werden können. dt.

Die Jurybreie Kunstschau wurde Sonntag mittags im Landesausstellungsgebäude am Lehrter Bahnhof eröffnet. Der Vorsitzende, Maler Hermann Sandkuhl, begrüßte die sehr zahlreich erschienenen Gäste, Prof. Wätzoldt überbrachte die Glückwünsche des preußischen Kultusministers, und der Reichskunstwart Dr. Redslob sprach über die Bedeutung der jurybreien Ausstellungen besonders als ein Mittel, in dem kritikflüsternen Publikum das Verantwortlichkeitsgefühl zu erwecken. Wir werden über die in mehrfacher Hinsicht interessante Ausstellung noch ausführlich berichten.

Theater. Im Deutschen Theater findet am Dienstag statt „Othello" eine Aufführung von „Kabale und Liebe" statt — am Buß- und Bettag sowie am 20. und 21. November finden die einzigen Opernaufführungen des „Parsifal" im Deutschen Opernhause statt.

Proletarisches Theater. Die nächsten Vorstellungen des dreiaktigen Schauspiels „Die Feinde" von Maxim Gorki finden statt: Am Mittwoch, den 17., nachmittags 2½ Uhr, Müllerstr. 142; Donnerstag, den 18., abends 7½ Uhr, Hasenheide 13 und Freitag, den 19., abends 7½ Uhr, Wiclefstr. 24. Karten zu M. 3,50 und M. 1,— (für Arbeitslose) an der Kasse.

Die Freisprechung Adolf Heilborns durch das Jenaer Schöffengericht gefällt dem Professor Plate nicht. Er hat Berufung eingelegt

Groß-Berlin

Was kostet's?

Die Lebensmittelpreise halten sich nach wie vor auf beträchtlicher Höhe. Kartoffeln, durchweg von schlechter Beschaffenheit, kosten das Pfund 50 Pf. Auf das Pfund berechnet muß man bezahlen für Rotkohl 25—50 Pf., Mohrrüben 45 Pf. und mehr, Rosenkohl 3,75—4,75, Gries 4,90—5,50, Hülsenfrüchte und Reis blieben auf der bisherigen Preishöhe. Für Schmalz muß man 21—25 Mark pro Pfund ausgeben.

Die Fischzufuhren waren wieder reichlicher. Früher hatte Deutschland, sein erster Fischdampfer trat 1885 in Tätigkeit, eine hochentwickelte Hochseefischerei, deren Organisation tadellos funktionierte. Nach Befischung der Nordsee liefen die Fischdampfer einen Fischereihafen an, legten dort längsseit der Auktionshalle an, wo morgens um 4 Uhr bereits die auf See geschlachteten und ausgenommenen Fische verauktioniert wurden und auf der anderen Seite der Halle in die sonderlich für diesen Transport bereitgestellten Eisenbahnwagen verladen wurden, um sofort nach den Binnenstädten abzurollen. So konnte der Großstädter mittags die Fische verspeisen, die während der Nacht angebracht waren. Die Erträgnisse der Binnenschifferei wurden hingegen meist lebend versandt.

Die Schellfische, die Bewohner der nördlichen Meere, kosten das Pfund 4,25—5,00 M. Erkennungszeichen der Frische sind die rosa Kiemen. Für die nach hier gesandte Ware kommt der Nordsee-Schellfisch in Betracht. Hauptfänge von Kabeljau macht man jedoch an der Bank von Neufundland und bei Norwegen. Grüne Heringe bekommt man das Pfund von 3,50 M. an. Bücklinge, geräucherte Heringe, kosten pro Pfund 6,80 bis 8,00 M. Für einen Brathering zahlt man heutigentags „glücklich" Stück 2,50 M., für eine Makrele 8 M. und für Sprotten, die man an der Nordküste Deutschlands fängt, Pfund von 9 M. an. Sprotten werden oft gefälscht, indem man sie durch junge, geräucherte Heringe, oder auch Stinte ersetzt. Stinte kosten das Pfund 2 M. und aufwärts.

Sardellen, an der Westküste Frankreichs und Spaniens beheimatet, sind eingesalzene Anchovis ohne Kopf und Eingeweide. Sie werden mit jungen Pilcharden verfälscht. Sardinen in Oel sind schwach gesalzene, in Oel gesottene Pilcharden ohne Kopf und Eingeweide. Sie werden mit jungen Heringen verfälscht, die auch sehr oft als norwegische Sardinen (in Tomaten) verkauft werden. Spanische gute Oelsardinen erhält man, eine verhältnismäßig große Dose, von 11 M an. Flundern (Teer-Sandbutt), die vielfach geräuchert in den Handel kommen, kauft man für 4—5,50 M. das Pfund. Zander kommen 6,25 M., Goldbarse 4 M. und Karpfen das Pfund 11—12 M. Fettreiche Fische, z. B. der Aal, sind schwerer verdaulich. Er ist ein schlangenähnlicher Fisch mit scheinbar nackter Haut.

Ein Räuber in Meeren und Flüssen, der sogar über Land geht und auch Aas nicht verschmäht, der Flußaal, kann bis 6 Kilogramm schwer und bis 1,25 Meter lang werden. 80 Mark und mehr kostet er heutigentages pro Pfund. Der lebende Aal wird stets ungern von der Hausfrau geschlachtet. Man tötet ihn durch Abtrennen des Kopfes. Die Reflextätigkeit der Rückenmarks ist eine sehr starke. So kann sich der tote Aal, ja, selbst Teile von ihm können sich noch winden. Die Reflextätigkeit hört aber sofort auf, sobald man eine Stricknadel in das Rückgrat stößt.

Eine Revolverschießerei auf offener Straße

rief gestern mittag im Norden der Stadt große Aufregung hervor. Durch sie wurde ein Mann getötet und zwei weitere Personen verletzt. Der Täter stellte sich später selbst der Polizei. Es ist dies der 50 Jahre alte Althändler David Baschkewitz aus der Liebenwalder Straße 60. Baschkewitz hatte am vergangenen Freitag einem Manne eine Uhr verkauft. Als der Kunde den Althändler gestern mittag gegen 11 Uhr in der Liebenwalder Straße traf, machte er ihm Vorhaltungen darüber, daß die Uhr nicht gehe. Er forderte sein Geld zurück, doch ließ sich Baschkewitz darauf nicht ein. Es kam zu einem Wortwechsel auf offener Straße, in dessen Verlauf der Althändler seinen Revolver zeigte. Der Uhrkäufer blieb darauf zurück, doch folgten zwei Bekannte von ihm dem Althändler bis zur Hochstetterstraße und stellten ihn dort wieder zur Rede. Plötzlich zog der Althändler wieder seine Waffe und als die Umstehenden jetzt auf ihn zusprangen, um sie ihm zu entreißen, drückte er ab und traf den 22 Jahre alten Kutscher Karl Banz aus der Utrechter Straße 25 schwer. Der Verletzte wurde von Freunden in das Haus Liebenwalder Str. 60 gebracht. Der Althändler feuerte noch mehrmals in den Haufen hinein. Der zuerst Getroffene erhielt einen zweiten Schuß und brach tot zusammen. Außerdem dem wurden ein junger Mann und eine Frau verwundet. Im ganzen gab Baschkowitz 14 Schüsse ab. Dann entfernte er sich und ging selbst zur Polizei; er wurde in das Polizeipräsidium eingeliefert.

Durch den Kofferladen in die Nachtbar.

Immer neue Wege finden die Veranstalter lukrativer Nachtbetriebe, um ihre versteckten Räume den Gästen zugänglich zu machen. So wurde von Beamten der Abteilung W in der letzten Nacht in der Marburger Straße 14 wieder ein Betrieb geschlossen, dessen Aushängeschild ein Kofferladen war. Durch diesen Laden, der nachts nicht verschlossen wurde, fanden Eingeweihte und Eingeführte durch ein kleines Kontor und andere dunkle Räume Zugang zu Privaträumen am Hofe, in denen bei Tanz und Spiel — sehr gedämpftem Spiel — der Sekt in Strömen floß, die Flasche nicht unter 300 M. Wie gewinnreich diese Betriebe sind, kann man schon daran ermessen, daß der Unternehmer an der Flasche Sekt mindestens 250 M. verdient. Der Schlepper mag einige hundert Mark die Nacht kosten, erheblich weniger bekommt schon der Musiker. Jede weitere Belastung, die ein ordnungsmäßiger Betrieb zu tragen hat, fällt weg. So bleibt fast die ganze Einnahme für die Tasche des Unternehmers übrig. Der Betrieb wurde geschlossen, ebenso drei andere, die die Beamten im Westen noch weiter überraschten.

Kohlenversorgung.

An die Laubenkolonisten.

Der Magistrat (Deputation für Kohlenversorgung) gibt bekannt:

Die Vorarbeiten für die Ausschreibung der neuen Kohlenkarten haben begonnen. Für jeden Berliner Haushalt wird eine auf den Namen des Haushaltungsvorstandes lautende Kohlenkarte ausgestellt werden, die je nach der Zahl der in Frage kommenden Personen und heizbaren Räume gestaffelt ist. Um auch hinsichtlich der Laubenkolonisten die hierfür erforderlichen genauen Unterlagen zu schaffen, werden diejenigen Laubenkolonisten, welche in Berlin keine feste Wohnung haben, ersucht, in den nächsten Tagen im Bureau der Deputation für die Kohlenversorgung, Spandauer Str. 10, 2 Treppen, Zimmer 1, die erforderlichen Karten abzuholen und ausgefüllt sobald als möglich daselbst abzugeben.

Die Abholung und Abgabe der Fragebogen kann auch durch die Vorsitzenden der Laubenkolonien erfolgen.

Im Interesse der Laubenkolonisten liegt es, dieser Aufforderung so schnell als möglich Folge zu leisten, da andernfalls die rechtzeitige und ordnungsmäßige Zustellung der neuen Kohlenkarten an sie in Frage gestellt wird.

Die objektivste Behörde.

Uns wird geschrieben: In der Bevölkerung besteht über die Wohnungsämter keine allzu hohe Meinung, ob mit Recht oder Unrecht, soll hier nicht untersucht werden. Daß es aber noch Behörden gibt, welche Maßnahmen der Wohnungsämter kurzerhand korrigieren, dafür ein Beispiel aus Britz. Ein bei der Holzhandlung Paßling u. Co. beschäftigter und gleichzeitig wohnender Kutscher hatte sich eines Holzdiebstahls schuldig gemacht. Der Mann ist Vater von acht Kindern; letzteres entschuldigt zwar seine Handlung nicht, läßt dieselbe unter Berücksichtigung unserer gesamten Zustände aber doch in etwas milderem Lichte erscheinen. Der ungetreue Kutscher wurde sofort entlassen und sollte mit seiner Familie sofort die Wohnung räumen. In der Aufregung ließ er sich zu der dummen Drohung verleiten, er werde den ganzen Holzplatz anstecken, wenn man ihn mit seiner Familie aus der Wohnung hinaussetze. Die Firma trat an das Wohnungsamt heran und verlangte die Einwilligung zu folgendem Wohnungstausch: der vorgenannte Kutscher solle eine der Gemeinde gehörige Wohnung beziehen, der bisherige Mieter der Gemeinde solle Wohnung und Stellung bei der Firma übernehmen. Die Firma wollte sich weiter verpflichten, für die Miete des Entlassenen eine Zeitlang zu haften. Das Wohnungsamt lehnte ab, und zwar weil Aussicht bestand, dem Entlassenen eine Stellung als Landarbeiter auswärts zu beschaffen und dann mit dem Antritt der Stellung und dem Umzug nach auswärts in einigen Wochen gerechnet werden konnte. Die Firma wandte sich nun an das Amtsgericht und erzielte dort einen Vergleich, wonach der Entlassene sich zur sofortigen Räumung und die Firma sich zu einer zeitweiligen Mietezahlung verpflichtete. Ohne nun nach einer Genehmigung des Wohnungsamtes zu fragen, ohne dasselbe und die Gemeinde als Hausbesitzer zu informieren, veranlaßte die Firma Paßling u. Co. die beiden Arbeiter, den Wohnungstausch zu vollziehen und Gemeinde und Wohnungsamt vor vollendete Tatsachen zu stellen. Eine nunmehr vorgenommene Strafanzeige des Wohnungsamtes gegen die Firma wurde von der Oberstaatsanwaltschaft II mit der Einstellung des Verfahrens „mangels Bewußtseins der Rechtswidrigkeit" beantwortet. Daß die in der Gegenbegründung von der Firma gemachte Angabe, der Dezernent habe die Handlung der Firma als „kapitalistisch" bezeichnet, auf die ablehnende Stellungnahme der Staatsanwaltschaft irgendwelchen Einfluß ausgeübt hat, ist natürlich nicht anzunehmen.

Der Schleichhandel und Wucher in Hotels.

Zu unseren Auslassungen erhalten wir eine bemerkenswerte Zuschrift eines Lesers unseres Blattes, der wir das Folgende entnehmen: Die bürgerlichen Zeitungen unterstützen die fraglichen Kreise geradezu in ihrem Treiben und verdunkeln den Tatbestand insofern, als ob es sich nur um Schleichhandel handle, während doch in Wirklichkeit schwerer Wucher in Frage steht. Vielleicht veröffentlichen Sie einige „Speisekarten" (1 Scheibe Fleisch, so dünn wie Papier, 35 M., 2 Eier in Sauce 30 M., ein kleines Stück Käse 15 M., saurer Wein 80 bis 200 M. usw. usw.).

Am interessantesten scheint mir aber folgendes, was noch nicht öffentlich erwähnt ist:

In vielen Städten (Hamburg, Bremen, Düsseldorf usw.) wird durch öffentlichen Anschlag im Hotel bekanntgegeben, daß Ausländer das Drei- und Vierfache zu zahlen haben. Mit der Begründung der Valutadifferenz. Nun könnte man allenfalls eine solche Valutasteuer verstehen, wenn sie der Allgemeinheit (Staat, Kommune usw.) zugute käme. Wenn sie aber der Hotelwirt in seine Tasche steckt, so ist dies bestimmt Wucher schlimmster Art, da er ja mit dem vierten Teil, den der Inländer zahlt, auch zurecht kommt! Für den von dem Ausländer gezogenen Wuchergewinn erfolgt ja keine entsprechende Mehrleistung. Außerdem wird der Inländer immer zurückstehen müssen und kein Zimmer bekommen, da der Ausländer naturgemäß wegen des höheren Preises immer bevorzugt werden wird.

*

In der Strafsache gegen den noch in Haft befindlichen Direktor Birndörfer vom Eden-Hotel findet nunmehr der Hauptverhandlungstermin vor dem Wuchergericht des Landgerichts II am nächsten Freitagvormittag 10¾ Uhr statt. Die gegen ihn erhobene Anklage beschuldigt den Angeklagten des Verbrechens gegen § 1 der Bundesratsverordnung vom 7. März 1919, ferner der Vergehen gegen eine große Anzahl von Verordnungen und Bekanntmachungen des Magistrats.

Die Notlage der Kommunal-Unterbeamten.

Die Notlage der untern kommunalen Beamten und Angestellten Groß-Berlins wurde am Sonntag in einer übervollen Versammlung bei Haverland behandelt, die für die genannten Gruppen von einem freigebildeten Komitee einberufen worden war.

Ueber die Notlage führte Grünig als erster Referent unter anderem folgendes aus: Die Notlage der kommunalen untern Beamten und Angestellten sei die denkbar schlimmste. Nicht einmal die notwendigsten Lebensmittel können gekauft werden. Am 1. November 1919 sei das Existenzminimum auf 14 500 M. festgestellt worden und damals hätten die untern Beamten und Angestellten noch nicht einmal 11 400 M. gehabt, die ihnen im April 1920 bewilligt wurden. Heute sei das Existenzminimum 17 bis 18 000 M. und demgegenüber stehe immer noch das Einkommen von 11 400 M. Viele müßten mit 800 M. monatlich (ohne Abzüge) eine Familie ernähren. Für die Arbeiter dagegen sei das Einkommen im April auf 13 000 M. gestiegen. Im Juni traten Erhöhungen für die Gemeindearbeiter ein. Ihnen gegenüber hätten jetzt die Unterbeamten ein Weniggereinkommen von 2000 bis 3000 M. im Jahr.

Was wir verlangen, ist Gleichberechtigung. Wenn in den oberen Kreisen Beamte soviel an Teuerungszulage erhalten, wie zwei untere Beamte an Gehalt und Teuerungszulage zusammen, dann darf man uns keine Vorwürfe machen, wenn wir für uns etwas fordern.

Nikolaus als zweiter Referent behandelte die Organisationsfragen und die Frage, wie die Forderungen, die sich in erfüllbaren Grenzen halten, aber heute noch nicht festgestellt werden sollen, durchzuführen sind. Dazu liegt eine von 38 Versammlungsteil-

Das Licht der Heimat.

63] Von August Hinrichs.

Das Gedränge nahm zu, es summte wie in einem Bienenschwarm. Ein alter Herr mit weißem Backenbart stöhnte neben Dierk auf: „O Gott, warum habe ich nicht gestern noch — zu spät, zu spät." Er schüttelte den Kopf, seine Augen irrten leer in die Runde, füllten sich mit Tränen — Dierk sah ihm nach, wie er gebrochen hinausschlich. Nun stand ein Spanier neben ihm, die Stirn gefurcht, die Brauen finster zusammengezogen, die Fäuste geballt. Dierk sah über die Menge hinweg, alle Gesichter wild verzerrt, alle Augen gierig glänzend. Waren das noch ruhige Kaufleute? Spieler waren es, leidenschaftliche Spieler. Und er selbst —? Es brauste ihm vor den Ohren, er verstand schon längst keine Zahlen mehr, wußte nichts mehr von dem Stand dieses fürchterlichen Rennens. Nur ein Gefühl beherrschte ihn: die Hände frei, weg aus dieser gefährlichen Luft. Er wollte Fied mit fortziehen. Fied wehrte ihn unwillig ab, ein Junge stand vor ihm und reichte ihm gerade einen Zettel; Fied las gespannt und lächelte, dann reckte er sich auf und gab irgend jemand ein Zeichen. Ein Makler schrie etwas in den Saal. Das Summen schwoll an, wurde ein Brausen, Mr. Thomsen sah zu Fied hinüber und hob die Hand. Fied nickte.

„Fied — ich halts nicht mehr aus," knirschte Dierk.

„Komm nur, mein Junge, wir sind vorläufig fertig," sagte Fied und schob sich langsam mit ihm nach draußen.

„Warum hast du vorhin nicht verkauft?" fragte Dierk.

Da lachte Fied schallend auf: „Nicht verkauft? Junge, ich hab dich soeben zum reichen Mann gemacht, und du hasts nicht mal gemerkt?"

„Du hast verkauft? An wen?"

„Mr. Thomsen!"

„Wie teuer?"

„220."

„220," wiederholte Dierk mechanisch und wußte nicht, was es bedeutete.

„Dann haben wir doch jeder über 50 000 verdient, nicht wahr?"

„Du bist ein schlechter Rechner," lachte Fied, „setz ruhig noch eine Null dahinter. Aber jetzt komm — wir wollen uns gleich Plätze bestellen — erster Kajüte nach Hamburg, es kann darauf stehn."

Mitten auf der Hauptstraße hielt Fied plötzlich an. „Junge," sagte er, „ich muß irgend etwas Verrücktes begehen, sonst halt ichs nicht aus in meiner Haut. Warte mal einen Augenblick."

Er lief in ein Putzgeschäft und kam gleich darauf mit einer kostbaren Straußenfeder zurück: „Die soll sich meine Mutter an den Hut stecken," schrie er, „damit die ganze Weidenstraße einen Schimmer kriegt, was wir für Kerls sind."

Da fand auch Dierk ein Lächeln wieder. Seine Mutter, seine Heimat, seine Arbeit — — sein Werk — alles wartete auf ihn. Heim! Heim!

*

„Bin heute 12,34 dort." Immer und immer wieder las Dierks Mutter den kleinen Zettel, den ihr der Telegraphenbote heute früh ins Haus brachte. Die Hand hatte ihr gezittert, als sie ihn entfaltete, und als sie den Sinn begriff, mußte sie sich erst setzen, so wankten ihr die Knie.

Aber der brenzliche Geruch eines angebrannten Wäschestückes jagte sie rasch wieder auf, hastig riß sie das Eisen hoch und setzte es auf den Rost. Dann stand sie, stützte sich mit beiden Händen auf die Tischplatte und las und las, faßte endlich den Zettel an — es war kein Traum, es war ein richtiges Telegramm, aufgegeben in Hamburg. Er kam, er kam wirklich!

Zwei Jahre hatte sie sich auf diesen Tag gefreut und sich oft ausgemalt, was sie alles dazu herrichten wollte. Jetzt stand sie ratlos und wußte nicht, was sie tun sollte. Sie warf einen Blick auf die kleine Weckuhr, nur noch zwei Stunden, und was hatte sie noch alles zu besorgen. Sie lief an den Herd und schürte das Feuer, setzte den Kessel auf und schob ihn gleich darauf doch wieder zur Seite. Dann lief sie in die Kammer, aber da war alles bereit: Sie rückte an den Betten — was wollte sie eigentlich tun? Hastig begann sie wieder zu plätten. Sie sah nach der Uhr — kaum zehn Minuten waren vergangen; wie endlos lange war es noch bis dahin. Da arbeitete sie fleißig weiter, legte aber das Telegramm vor sich auf den Tisch, daß sie es immer vor Augen hatte. Und immer wieder mußte sie es zwischendurch in die Hand nehmen.

Wie kraus es schon geworden war, das liebe Papier — vorsichtig legte sie es zwischen zwei feuchte Tücher und fuhr mit dem heißen Eisen darüber. Glatt und sauber lag es nun da und lächelte sie an: „Bin heute 12,34 da."

Sein letzter Brief aus Buenos-Aires hatte sie beunruhigt. Immer hatte er sonst von seinem Werk geschrieben, dieser letzte war zerfahren und hatte nur Andeutungen enthalten von einem großen Geschäft.

Auf dem Tischchen neben dem Bett lag er. Sie stellte das heiße Eisen auf den Rost und ging hin, ihn zu holen. Da lagen auch seine anderen Briefe, sorgfältig zusammengebunden.

In der Kammer öffnete sie den Schrank, um Platz zu schaffen für seine Kleider, wenn er nun wieder daheim wäre. Da hingen noch Sachen aus seiner Kinderzeit, von denen sie sich nicht hatte trennen können. Als er noch ganz klein war — sie zog eine Schublade auf und kramte unter dem Inhalt. Seine ersten Schuhe — sein Mützchen — und dann lag sie auf den Knien vor dem Kasten und ließ lächelnd ein Stück nach dem andern durch ihre arbeitsharten Finger gleiten. Dies hatte sie genäht, als er ein Jahr alt war, das — als er zur Schule mußte — und dann das — und das —.

Sie kramte und kramte und wühlte tief in den alten Erinnerungen. Die Zeit verrann. Draußen schlug eine Turmuhr — sie horchte auf, schon zwölf. Da kleidete sie sich in Eile um und lief nach der Bahn, um nicht zu spät zu kommen.

Als sie auf dem Bahnsteig stand zu warten, kam eine schreckliche Angst über sie — hatte das fremde Land ihn verdorben? Sein letzter Brief stand ihr im Sinn — warum schrieb er nichts mehr von seinem Werk?

Da fuhr der Zug schon heran. Sie stemmte sich mit aller Macht gegen eine Menschenmenge, die sie mit wegfluten wollte und sah lauter fremde, ärgerliche Gesichter, denen sie den Weg versperrte. Bis sie plötzlich eine Stimme hörte: „Mutter." Ein Arm winkte über dem Gedränge, rücksichtslos kämpfte sie sich zu ihm hin und fühlte sich plötzlich umfaßt: „Mutter — liebe Mutter!"

Sie sah sein sonnverbranntes, lachendes Gesicht, „Dierk" flüsterte sie nur, und ließ sich wortlos von ihm hinausführen.

Draußen nahm er ihren Arm: „Mutter, da bin ich!"

Sie hielt seine Hand, die in ihrem Arm lag, fest und wurde seltsam ruhig. (Forts. folgt.)

nehmern unterzeichne Resolution vor. — In der umfangreichen Diskussion vertraten eine Anzahl Redner im wesentlichen den gleichen Standpunkt wie die Referenten, während einige meinten, der Kommunalbeamten-Verband habe auch im Interesse der unteren Beamten nach Möglichkeit gewirkt. — Als offizielle Vertreter der Organisation sprachen König, der Geschäftsführer der Bezirksgruppe Groß-Berlin des Verbandes der Kommunalbeamten, und Brinkmann, der Vorsitzende des Bezirks. Für die Stadtverordneten-Fraktion der S.P.D. sprach Ewald und für die Stadtverordneten-Fraktion der U.S.P. Krainbring. Beide versprachen für ihre Fraktionen objektive Würdigung der Wünsche der Versammelten und ihrer Organisation.

Gemäß einer einstimmig angenommenen Resolution wurde ein Arbeitsausschuß eingesetzt. Seine Hauptaufgabe ist, an die Bezirksgruppe des Verbands heranzutreten, daß sie kein Mittel unversucht lasse, um die finanziell bedrängten Unterbeamten wirtschaftlich so zustellen, daß ihnen eine angemessene Existenz gewährt sei.

Von einem Postauto überfahren und getötet wurde die 58 Jahre alte Schneiderin Marie Schneider aus der Treskowstr. 24. Sie geriet in der Poststraße unter die Räder und wurde von einem Wachtmeister der Sicherheitspolizei in einer Blutlache bewußtlos daliegend aufgefunden und nach der Rettungsstelle in der Kommandantenstraße gebracht. Hier konnte nur noch der Tod festgestellt werden.

Die Erwerbslosenfürsorge teilt mit, daß sie auf den Kontrollstempel für Mittwoch, den 17. November (Bußtag) verzichtet.

Selbstmord eines Fünfzehnjährigen. Zu der in Nr. 547 des „Vorwärts" enthaltenen Meldung über den Selbstmord eines Fünfzehnjährigen wird uns mitgeteilt, daß die Annahme, der Lehrling H. habe Gelder unterschlagen, nicht den Tatsachen entspreche. Das Geld sei bei dem Toten vorgefunden worden, es müsse, da H. von der Firma mit viel größeren Beträgen betraut worden sei, sich um einen Unglücksfall handeln.

Das Reichsbekleidungsamt Berlin, Lehrter Str. 57, verkauft jetzt seine Anzüge und Ulster freihändig. Die Preise betragen für einen Ulster 215—225 M., für einen dreiteiligen Anzug 275—300 M. Der Verkauf findet täglich von 8—2 Uhr, Sonnabends von 8 bis 12 Uhr statt.

Vermißt wird seit dem 10. November der 26 Jahre alte stud. jur. B. Am 12. fragte nach dem verzweifelten Bruder des geheimnisvoll Verschwundenen eine Dame im Laden Schneider, Berlin O. 25, Rochstr. 19, und eine zweite Dame wartete draußen. Diese Damen sowie alle, die zweckdienliche Angaben machen können, werden gebeten, sich im genannten Laden gegen hohe Belohnung zu melden. Der Verschollene ist schüchterner Natur, etwa 1,67 Meter groß, schmächtig, hat schwarzes, dichtes Haar, trägt schwarzen Ueberzieher und blauen, weichen Hut.

Vom „Wiederaufbau Internationaler Arbeit" sprechen Frau Adele Schreiber, M. d. R., und Dr. Alice Salomon am Dienstag, den 16. November, 8 Uhr, im großen Saale des Cecilienhauses, Charlottenburg, Berliner Str. 137. Frau Schreiber wird über ihre Eindrücke auf der Internationalen Frauentagung in Genf und von der Hungersnotkonferenz in London berichten, Dr. Alice Salomon über den Weltfrauenrat. Veranstalterin des Abends ist die Politische Arbeitsgemeinschaft der Frauen von Groß-Berlin. Eintritt frei, Gäste willkommen.

Freie Turnerschaft Groß-Berlin. Die dritte Mädchenabteilung turnt im Osten: Turnhalle, Zellestr. 12, Dienstags 6—8, Freitags 7—8 Uhr. Am Bußtag: Turnfahrt nach Kaulsdorf, Pferdebucht. Abf.: 8.10 Uhr, Bhf. Warschauer Brücke. — Bußtag: Wichtige Vereinsvorstandssitzung, 10 Uhr vorm., Seydelstr. 3.

Die deutsche Hochschule für Politik beginnt ihren Abendkursus Dienstag, abends 8 Uhr, mit Prof. Herre über: „Das 19. Jahrhundert in seiner politischen und wirtschaftlichen Entwicklung" in der Bau-Akademie, Schinkelplatz 6.

Oeffentlicher Sittlichkeitsvortrag für junge Männer. Angesichts der großen Bedeutung der Sittlichkeitsfragen für das Leben jeden jungen Mannes und für unser Volksleben seien alle jungen Männer auf einen öffentlichen Sittlichkeitsvortrag verwiesen, der morgen, Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, in der Aula der Siemens-Oberrealschule, Charlottenburg, Schloßstraße 27, stattfindet. Thema: „Geschlechtsleben und Freiheit". Redner: Dr. med. Salomon und Geheimrat Eismann. Veranstalter: Ortsgruppe des „Deutschen Sittlichkeitsbundes vom Weißen Kreuz". Jeder junge Mann ist willkommen. Eintritt frei.

Eine große öffentliche Elternversammlung findet heute abend 7 Uhr im Nationalhof, Bülowstr. 37 (Großer Saal) statt. Es sprechen Dr. Löwenstein und Lehrer G. Haedicke über die weltliche Schule.

Britz. Der sozialistische Arbeitsausschuß der Elternbeiräte am Ort hat beschlossen, Listen zirkulieren zu lassen, in welche diejenigen Eltern sich einzuzeichnen ersucht werden, die gewillt sind, ihre Kinder in eine weltliche Schule zu schicken. Die Abteilungsleitung der S. P. D. ersucht die Genossen und Genossinnen, den Arbeitsausschuß in seinem Vorhaben zu unterstützen.

Filmschau.

Im Marmorhaus, Kurfürstendamm, gelangten „Das Chamäleon" und „Kri-Kri" zur Aufführung. Das Chamäleon: eine „Schauergeschichte" im wahrsten Sinne des Wortes. Reinhold Schünzel wechselte, wie diese Tiere die Farbe, seine Kleider und dementsprechend auch seinen inneren Menschen und hatte Gelegenheit, seine Künste nach allen Richtungen spielen zu lassen. Nicht unerwähnt gelassen seien zum Schluß die wirklich gut gelungenen Landschaftsaufnahmen. — Das „himmlische" Lustspiel „Kri-Kri" erntete durch wirklich originell wirkende Szenen großen Beifall. Besonders gut gelungen war die Himmelsszene, in der Wilhelm Diegelmann als Matrimonius die Heiratslustigen ihrem Stande nach sortierte, da ja bekanntlich die Ehen im Himmel geschlossen werden. Durch die Unachtsamkeit der kleinen „Englein" gerieten die gut sortierten Namen durcheinander, und es entstand hierdurch auf der Erde ein heilloser Wirrwar, aus dem sich die graziöse Lya Mara mit vielem Geschick zog.

Im Tauentzien-Palast kam ein neuer Film der Ufa-Gesellschaft, das Drama „Die Schuld der Lavinia Morland" zur Uraufführung. Das durch geschickte Regie und vortreffliche Bilder sich auszeichnende Werk fand beim Publikum beifällige Aufnahme. Der Film, nach einem Schauspiel von Ernst Vajda durch Joe May und Wilhelm Kulpitzer bearbeitet, schildert die Tragödie einer jungen Frau, die einen kalten Geldmenschen heiratet. — Neben der geschickten Technik trägt die vortreffliche Darstellung ihren redlichen Teil zum Erfolge bei. Mia May fügt in der Rolle der Lavinia ihren bisherigen Frauengestalten einen neuen darstellerischen Erfolg hinzu. Eine vorzügliche schauspielerische Leistung boten auch Albert Steinrück als Bankier Morland und Alfred Gerasch als der unter dem Namen eines Vicomte Cardillac auftretende Hochstapler. Die Handlung des Films ist straff zusammengefaßt, die einzelnen Szenen sind von starker dramatischer Wirkung.

Berichtigung. In der Filmkritik über „Die Schauburg" befindet sich auch eine Erwähnung der nahezu grotesk tolpatschig zusammengestellten Messter-Woche, in die der Druckfehlerteufel, um vielleicht boshafterweise dem Unmut noch mehr Nährstoff zu geben, statt verbat kurzerhand das Wort „erobert" hineinschmuggelte. Es muß also heißen: Die neue Messterwoche mit ihrem bereits geschilderten nationalistisch-militärischen Ententezauber verbat sich das Publikum nach den ersten Bildern auch hier.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 16. November:

3.—4. Abt. (Kreis Hallesches Tor.) Sozialdemokratischer Männerchor jeden Dienstag von 7½ Uhr an Uebungsstunde bei Krause, Mariannenplatz 24. Sangesfreudige Genossen sind erwünscht.

3. u. 4. Abt. Elternbeiräte der S. P. D. und U. S. P.! Elternversammlung 7 Uhr im Nationalhof, Bülowstr. 37. Referenten: Dr. Loewenstein und Haenicke.

17. Abt. Bezirksführersitzung abends 7 Uhr, bei Murrer, Capelistraße 8.

31. Abt. Die für heute angesetzte Sitzung findet nicht bei Goldschmidt, sondern bei Meißner, Schivelbeiner Str. 34, statt.

Wahlkreis Wedding. Abends 7 Uhr öffentliche Versammlung in der Schulaula Gräunthaler Str. 5. Tagesordnung: Kassel — Halle, Moskau — Genf. Referent: Landtagsabg. Genosse Heilmann. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Jungsozialistische Vereinigung (S.P.D.). Ortsgruppe Tempelhof. 7½ Uhr bei Buse, Werder- Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße, Vortragsabend. — Ortsgruppe Lichtenberg und Osten. 7½ Uhr bei Schlenkrich, Simplonstr. 42, Vortragsabend. — Der Lichtbildervortrag des Genossen Dr. Magnus Hirschfeld findet erst am Sonnabend, den 20., abends 8 Uhr, statt.

Gewerkschaftsunterkommission des 13. Verwaltungsbezirks. Die Fortsetzung des Lichtbildervortrages über „Die Arbeitsstube" 8 Uhr in der Aula der 2. Gemeindeschule, Tempelhof, Werder Straße. Die Parteigenossen, sowie die Elternschaft der Gemeindeschule des Bezirks werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Neukölln. 2. Abt. Funktionär-Versammlung abends 7 Uhr bei Marienfeld, Kaiser-Friedrich-Str. 236.

Kreisvorstandssitzung des 18. Kreises 7 Uhr im Lokal Gempe, Weißensee, Lichtenberger Str. 8, Ecke Sedanstraße.

Morgen, 17. November:

19. bis 22. Abt. Die am 8. November ausgefallene „Weber"-Aufführung findet am Bußtage, nachmittags 3 Uhr, im Rosetheater statt. Die Verlosung beginnt um 2 Uhr. Die Ordner und Kontrolle haben sich um ½2 Uhr dort einzufinden.

26. Abt. Abends 6½ Uhr Mitgliederversammlung in der Aula der Höcker-Realschule, Waldenburger Str. 4a. Ref. Erwin Barth. Thema: Streikrecht und Streikunrecht. Gäste willkommen.

Abt. 88 Lichtenrade. 7 Uhr pünktlich Mitgliederversammlung im Zeichensaal der Schule, Roonstraße. Referent Gen. Emil Lehmann: Die Frau in der Republik, Rechte und Pflichten.

Steglitz. 8 Uhr Mitgliederversammlung in der Aula der Realschule, Albrechtstraße. Tagesordnung: „Sozialisierungsprobleme". Ref. Genosse Contann.

Oberschöneweide. Mitgliederversammlung 7½ Uhr im Vereinshaus zur Post, Rathausstr. 10. Gen. Dr. Graser, Thema: Sozialismus und Bourgeoisie.

Niederschönhausen. Mitgliederversammlung 7 Uhr im Lokal Tunsch, Kaiser-Wilhelm-Straße (Nordend). Vortrag: Kirche, Schule und Sozialdemokratie. Referent Genosse von Harnack.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiterjugend Treptow-Baumschulenweg. Der Vortrag „Alte italienische Meister" fällt aus. Dafür Diskussionsabend über: Jugend und Politik, ½8 Uhr im Lokal von Horn, Kiefholzstr. 13.

Aus aller Welt.

Maxim Gorki in Lebensgefahr. Der Schnellzug Moskau—Petersburg entgleiste. Maxim Gorki, der sich unter den Passagieren befand, schwebte in Lebensgefahr, doch ist er, wie verlautet, unversehrt davongekommen.

Indische Giftschlangen. Laut „Times" sind in Indien im vergangenen Jahre über 20600 Personen durch Schlangenbiß getötet worden.

Sport.

Die Preisverteilung in der Meisterschaft der Zeitungsfahrer fand am letzten Sonnabend im großen Saal der Neuen Welt in der Hasenheide statt. Der Rennausschuß hatte bei der großen Zahl der Preise und den verschiedenen Bestimmungen der Stifter eine Riesenarbeit zu bewältigen, um keine Fehler bei der Zuteilung zu begehen. Mit der Preisverteilung hatte man einen festlichen Abend verbunden. Reigenfahren, Kunstfahren auf Ein- und Zweirädern und Radballspiel wechselten ab. Im Ballspiel siegte Groß-Lichterfelde gegen „Germania"-Charlottenburg mit 6:5, bei Seitenwechsel war der Stand 2:4. Dann produzierte sich der Sieger der Wertpreisfahrer Dobbrack (Z. F.) als Karikaturenzeichner. Mit drei Bildern: „Auf zur Neuen Welt", „Na, Herr Baron, heute ohne Zeitungsfack?" und „Auch ein Sieger! Der erste auf dem Bruchwagen" zeigte er auch in diesem Fach gutes Talent und gelungene Karikaturen aus dem Zeitungsfahrerleben. Die Preise der einzelnen Fahrer herzuzählen, fehlt uns der Raum. Der Erste in der Gruppe Geldpreisfahrer Otto Zieh (Berliner Lokal-Anzeiger) gewann 1800 M. an Geldpreisen und eine Anzahl Ehrenpreise. Dobbracks Preise haben etwa 5000 M. Wert. Von den drei vom „Vorwärts"-Verlag gestifteten Ehrenpreisen (offen für unseren und die Z.F.-Fahrer) erhielt Bunger den zweiten in Gestalt einer Stutzuhr mit Widmung im Werte von 100 M. Die beiden anderen Preise fielen an Geldpreisfahrer und zwar Felix Zwinsky (Z. F.) 150 M. und Petermann („Vorw.") 50 M.

„Freie Schwimmer Charlottenburg". Die Badeanstalt ist wieder eröffnet. Uebungsstunden: Donnerstag ½7—8 Uhr und Sonntag. Am Donnerstag, den 18., Kreiswasserballspiel Neukölln gegen Charlottenburg.

Arbeiterschachspieler! Alle Arbeiterschachspieler aus den Bezirken „Süden", „Südost", „Südwest", „Zentrum" und „Nordost" treffen sich am 17. November (Bußtag) bei Prosser, Michaelkirchstr. 20a, von 9 Uhr vorm. ab. Dort findet eine größere Schachpropagandaveranstaltung, u. a. ein lehrreicher Vortrag, statt. Meisterspieler werden Simultan- und Blindlingspartien spielen. Den Schluß bildet ein Städte- und Massenwettkampf. Nach der Veranstaltung werden die Schachfreunde zusammentreten und eventuell zur Bildung von neuen Abteilungen schreiten. Die Abteilung „Süden" gibt an diese neuen Abteilungen spielstarke Mitglieder ab. Gespielt wird außerdem jeden Sonntag vorm. 9—1 Uhr in obigem Lokal und jeden Donnerstag abend 7 Uhr bei Heisler, Waldemarstr. 32. Jede gewünschte Auskunft erteilt der Spielleiter Rich. Scholz, S 42, Wassertorstr. 18. Arbeiterschachspieler, heraus aus den bürgerlichen Schachvereinen und gestaltet diese Veranstaltung zu einer machtvollen Kundgebung für die Arbeiterschachbewegung. Die Mitglieder des Schachvereins „Namenlos" sind hiermit ganz besonders eingeladen.

Rennbericht Karlshorst. 1. Preis von Hessenwinkel. Preise 16000 M., Distanz 2800 Meter. 1. Osman (Thalecke), 2. Monitor (Edler), 3. Kronjuwel (B. Lewicki). Ferner liefen: Eilgenburg (4), Vollmacht, Sperling, Pflastertreter (ausgebrochen), Gondier (ausgebrochen). Toto Sieg: 49:10, Platz: 17, 30, 14:10. — 2. Jahrmobil-Rennen. Ehrenpreis und 16000 M., Distanz 4000 Meter. 1. Vierzehnte (Hr. v. Herder), 2. Haut Brion (Hr. Gundelach), 3. Larna (Herr R. v. Westernhagen). Ferner liefen: Peredur (4.), Sturmhaube. Toto Sieg: 31:10, Platz: 16, 15:10. — 3. Preis von Freienwalde. 16000 M., Distanz 3200 Meter. 1. Trisos (Dorff), 2. Notbremse (Thalecke), 3. Rote (Kukulies). Ferner liefen: Saga (4.), Primus, Dolde (gefallen), Siegeslauf (angehalten). Toto Sieg: 71:10, Platz: 16, 15, 16:10. — 4. Buchhütten-Hürdenrennen. Preise 30000 M., Distanz 3000 Meter. 1. Feuerdraal (Burk), 2. Halli (Ralh), 3. Freundlich (Dorff). Ferner liefen: Giwel. Toto Sieg: 14:10, Platz: 11, 18:10. — 5. Preis vom Scheidegruß. Ehrenpreis und 22000 M., Distanz 4800 Meter. 1. Schwerenöter (Hr. v. Herder), 2. Eitel (Hr. Prinzing), 3. Weltenscheide (Hr. R. v. Westernhagen). Ferner liefen: Sonntagsmädel (4.), Robert, Glaudio, Schanze (gefallen). Toto Sieg: 21:10, Platz: 12, 23, 18:10. — 6. Bielen-Jagdrennen. Preise 22000 M., Distanz 4200 Meter. 1. Neulütz (Saager), 2. Maison Rouge (Thalheim), 3. Glata Lipa (Wegener). Ferner liefen: Na Nu (4), Tippel, Haltepahn, E. Schleicher (ausgebrochen). Toto Sieg: 42:10, Platz: 18, 18, 12:10. — 7. Preis der Winterpause. 16000 M., Distanz 3400 Meter. 1. Gallipoli II (Fibr), 2. Lula (Leitz), 3. Milton (Saager). Ferner liefen: Minimax (4.), Cissa, Hexenkind, Parabel, Hexengold, Samum, Mara (gefallen), Mädchen (gefallen), Minister II (gefallen), Maja-Rolz (gefallen), Blumenkönigin (gefallen), Zulpia (angehalten), Falme (angehalten). Toto Sieg: 47:10, Platz: 17, 25, 20:10.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Mild, meist bewölkt, mit Regenfällen, bei starken, an der Küste stürmischen Westwinden.

Finanznöte und Gewerbefragen.

Auf der Tagesordnung der Montagssitzung der Preußischen Landesversammlung steht zunächst der Nachtragsetat für das Rechnungsjahr 1920.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung 2.30.

Abg. v. d. Osten (Dnat): Die Finanzgebarung, die sich aus dem Nachtragsetat ergibt, ist unerhört. Mit der Sparsamkeit muß endlich einmal ernst gemacht werden. Redner kritisiert aufs schärfste die Steuerpolitik der letzten beiden Jahre.

Abg. Herkenrath (Z.) kritisiert einzelne Titel des Etats. Auch wir treten für Sparsamkeit in allen Stellen ein. Unserem Volke muß unsere jetzige Armut zum Bewußtsein gebracht werden.

Abg. Ludwig (U. Soz rechts): Was bedeutet die Neuorganisation der Polizei, für die im Nachtragsetat Mittel gefordert werden? Die Frage ist so wichtig, daß das Parlament darüber aufgeklärt werden muß. Unter den Polizeibeamten selbst herrscht die Meinung, daß hier eine zweite Reichswehr geschaffen werden soll. Ehe wir keine Gewähr haben, daß die Absichten der Regierung nicht auf einen neuen Militarismus hinauslaufen, müssen wir eine solche Position ablehnen.

Abg. Richter (Soz.): Auch wir nehmen an, daß die Regierung im Ausschuß über ihre Ausgaben für die Polizei

eingehende Aufklärungen

geben wird. Das Vorgehen von Herrn v. d. Osten führt zu nichts. Es ist leicht zu kritisieren, wenn man keine positiven Gegenvorschläge macht und die Vorschläge des Ministers zurückweist. Der finanzielle Zusammenbruch ist nicht erst nach dem Kriege entstanden, sondern infolge der ungeheuren Ausgaben des Krieges. Der Ausschuß wird die Ausgaben für polizeiliche Zwecke sorgfältig zu prüfen haben. (Beifall bei den Soz.)

Finanzminister Lüdemann:

Bisher haben sich alle Redner auf die Aufforderung zum Sparen beschränkt, positive Vorschläge hat keiner gemacht. Wenn das Finanzministerium irgendeinen Posten kürzen wollte, so würden auf allen Seiten die Interessenten widersprechen. Ich kann nur immer wieder empfehlen, daß die Parteien in solidarischem Vorgehen übertriebene Forderungen zurückweisen. Der Nachtrags-Etat enthält an Ausgaben vier Milliarden Mark. Zwei Milliarden Mark sind lediglich Diensteinkommen, unvermeidbare dringliche Staatsausgaben. Auch die anderen Ausgaben sind notwendiger Natur. Bezeichnenderweise war es die äußerste Rechte und die äußerste Linke, die gegen den Titel „Polizei" Bedenken vorbrachten. Ich darf wohl annehmen, daß wir uns darüber verständigen, wenn die Regierung im Ausschuß alle erforderlichen Aufklärungen gibt.

Die Einnahmen setzen sich zusammen aus Mehreinnahmen an Reichssteuern, dem Forstwesen und den Eisenbahnerträgen. Die Forsteinnahmen beruhen nicht auf vagen Vermutungen, sondern sind das Resultat abgeschlossener Verkäufe. Die Mehreinnahmen an Reichssteuern beruhen auf Mitteilungen des Reichsfinanzministers. Es bleibt

ein ungedeckter Fehlbetrag von zwei Milliarden.

Die 300 Millionen, die zur Deckung aus der Grundsteuer angesetzt sind, beruhen auf der Annahme, daß das Abgeordnetenhaus ein Grundsteuergesetz annimmt, daß ihr demnächst zugehen wird. Bedenken gegen dieses Gesetz sind vorgebracht worden, doch wurde auch die Notwendigkeit allerseits anerkannt. Der Gedanke, die Fehlbeträge durch ein Anleihegesetz zu decken, wird von uns nicht aufgenommen, weil man durch Anleihe nur werbende Ausgaben decken soll. Mit Rücksicht auf den Charakter dieses Nachtragsetats bitte ich das Haus, die Beratungen zu beschleunigen und die Vorlage möglichst bald zu verabschieden. (Beifall.)

Staatssekretär Dr. Freund: Es ist gefährlich, zu behaupten, daß wir mit der Sicherheitswehr eine zweite Reichswehr schaffen wollen. (Sehr richtig!) Unser Ziel ist vielmehr

eine ehrliche Entmilitarisierung.

Wir wollen erstens die blaue und die grüne Polizei verschmelzen, zweitens die Zahl der Polizeitruppen sehr gering halten, drittens die Polizei lokalisieren und viertens eine Polizeischule schaffen, die für die fachmännische Ausbildung der Anwärter sorgt und uns von den Militäranwärtern unabhängig macht. Geheimniskrämerei liegt uns fern.

Abg. Dr Frentzel (Dem.): Die fürchterliche finanzielle Notlage zwingt zur einheitlichen Zusammenarbeit aller Kreise. Die Schuld trägt das früher geübte Finanzsystem der Hinausschiebung. (Sehr richtig! bei den Demokraten.) Redner wendet sich dann gegen die unfruchtbare Kritik des Abg. v. d. Osten (Dnatl.) und weist auf den vollständigen Mangel positiver Vorschläge hin.

Abg. Held (D. Vp.): Es besteht kein Zweifel, daß der Posten für Ausgaben viel zu hoch ist. Warum werden nicht leerstehende alte Kasernen benutzt?

In einer Ergänzung teilt Abg. Ludwig (U. Soz. rechts) mit, daß sein vorher gemachter Vorwurf der Militarisierung der Sipo, aus welcher gewisse Offiziere eine zweite Reichswehr machen möchten, sich auf Ausführungen Dr. Frankes, des Generalsekretärs des Verbandes der Polizeibeamten, also eines Kenners der Polizei stützt. (Hört! hört!)

Die Aussprache schließt. Der Nachtrags-Etat geht an den Hauptausschuß.

Das Haus tritt dann in die zweite Beratung des Staatshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1920 ein.

Handels- und Gewerbeverwaltung.

Abg. Dr. Kalle (D. Vp.): Die einzige Rettung aus unseren wirtschaftlichen Nöten ist die Beseitigung der Zwangswirtschaft und die Wiedereinführung der freien Wirtschaft. Was die Sozialisierung angeht, so gehen die Sozialisten zu schematisch vor.

Abg. Christange (U.Soz. rechts): Wir kritisieren die Kriegsgesellschaften nicht aus Feindschaft, sondern wegen ihrer autokratischen Manieren. Von einer Verbilligung einzelner Produkte, z. B. des Leders, wie sie in Aussicht gestellt war, merkt man überhaupt nichts. Eine Hauptursache für diese Zustände ist natürlich der Friedensvertrag. Könnten wir mit Rußland in einen Austauschverkehr treten, so wäre uns in mancher Beziehung geholfen.

Handelsminister Fischbeck: Eine Vorlage über die Umgestaltung der Gewerbegerichte wird vorbereitet. Mit den großen Wirtschaftsverbänden würden wir gerne Fühlung nehmen, wenn diese Verbände es nicht vorziehen würden, sich direkt an das Reich zu wenden. Das Volk muß sich darüber klar werden, daß es einer Menge von Ansprüchen und Bedürfnissen wird entsagen müssen. — Die wirtschaftlichen Probleme müssen losgelöst werden von Schlagworten. (Sehr richtig!) Angesichts des Stockens des Exports sinkt unsere Valuta von neuem, dagegen gibt es nur das eine Mittel der

Erhöhung der Produktion.

Preisfrage und Lohnfrage sind untrennbar miteinander verbunden, **es ist kein Lohnabbau denkbar, ohne daß die Warenpreise sinken.** (Sehr richtig! links.) Dazu ist es aber auch notwendig, daß keine Großkonjunkturgewinne gemacht werden, wie Valutagewinne usw., gerade sie müssen dazu dienen, die Preise zu senken. (Beifall.) Nur so können wir zu einer gemeinsamen Arbeit und damit zum Aufschwung kommen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Haberland (Soz.) wiederholt seinen Antrag auf Erteilung des Wahlrechtes für Frauen an den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. Der Antrag wird angenommen.

Der Etat wird unter Ablehnung aller übrigen Anträge angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. Kleine Anfragen, Uebertragung der Eisenbahnen an das Reich, kleine Gesetzesvorlagen, Schluß des Ergänzungs-Etats.

Schluß: 6½ Uhr.

Generalversammlung unserer Landkreise.

Sonntag tagte in den „Bubisälen" die Vertreterversammlung der Landkreise Niederbarnim, Teltow und Beeskow, um zu der Frage: Abtrennung der ländlichen Gebiete vom Bezirksverband Berlin Stellung zu nehmen. Nach kurzer Einleitung durch den Genossen Möbus setzte eine sehr lebhafte Debatte ein, an der sich über zwanzig Redner beteiligten. Die Genossen der ländlichen Bezirke meinten, der Bezirksverband vernachlässige die ländlichen Interessen. Auch die von Berlin vermittelten Redner berücksichtigten die Psyche der ländlichen Bevölkerung nicht genügend. Einige Redner befürworten die Verlegung des Sekretariats von Berlin aufs Land, weil der zuständige Sekretär zu wenig aufs Land komme. Die Vertreter von Nowawes traten dieser Auffassung entgegen und machten geltend, daß gerade durch die enge organisatorische Verbindung mit Groß-Berlin ein erfolgversprechendes Arbeiten gewährleistet ist.

Die Genossen Lehmann und Genosse Franz Krüger gingen in kurzen und wirkungsvollen Ausführungen auf die Beschwerdepunkte ein und zerstreuten die dem Bezirksverband gemachten Vorwürfe. Möbus brachte folgenden Antrag ein:

Der Vorstand des Bezirksverbandes Berlin wird beauftragt, in Gemeinschaft mit dem Bezirksverband Brandenburg die Abtrennung der Kreise Niederbarnim—Teltow—Beeskow vom Bezirksverband Berlin und Zuteilung an den Bezirksverband Brandenburg beim Parteivorstand zu beantragen, wenn eine Wahlkreiseinteilung Gesetz geworden ist, die die wahltechnische Trennung der Landkreise von Berlin vorsieht und wenn vom Bezirksverband Brandenburg Niederbarnim und Teltow von Berlin aus bearbeitet werden.

Der Antrag wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Königswusterhausen beantragt, die Vertretung der Landkreise in der Weise zu regeln, daß die Gruppen- bzw. Bezirksvorsitzenden in Gemeinschaft mit dem zuständigen Sekretär die Angelegenheiten der Landkreise bearbeiten und daß die Kreise Niederbarnim und Teltow-Beeskow je einen Vertreter in den Bezirksvorstand senden.

Auch dem stimmte die Versammlung zu.

Dem Wunsche der Mühlenbecker Genossen, den Artikel in Nr. 67 des „Landboten" als Flugblatt herauszubringen, soll ebenfalls entsprochen werden.

Nach kurzen geschäftlichen Mitteilungen wurde die Generalversammlung geschlossen. Alle Delegierten standen unter dem Eindruck, daß, wenn die gesetzlichen Bestimmungen eine organisatorische Umstellung erheischen, diese benutzt werden müsse, um unserer Partei neue Streiter zuzuführen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Republikanischer Führerbund. Bezirk 8. Versammlung Dienstag abend Rüdersstr. 7 bei Thiel. — **Berliner Arbeiter-Schachklub.** Gruppe Osten. Am Mittwoch, den 17. November, 8 Uhr bei Neumann, Samariterstraße 12, Ecke Schreinerstraße, Schachveranstaltung. Gäste willkommen. Die der Gruppe angeschlossenen Abteilungen spielen. — Friedrichsfelde. Montag 7 Uhr bei Sack, Lichtenberg, Margaretenstr. 20. — Lichtenberg. Sonntagstr. 32. — Osten. Donnerstag 7 Uhr bei Albrecht, Cadiner Str. 20.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof parterre links, vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

Hedwig, Cöpenick. Wie die Verteilung geschieht, wissen wir nicht; aber einfach Geld einsenden und bestimmte Waren fordern, geht nicht. Die Anschrift lautet: SW. 66, Wilhelmstraße 92/93.

Achtung, Eisenbahner!

Am Freitag verstarb der Obmann des Werbeausschusses der Eisenbahner, Genosse 161/10

Paul Grunwald.

Die Beerdigung findet heute nachmittag 1½ Uhr auf dem Neuen Thomas-Kirchhof, Neukölln, Hermannstraße, statt.

Die Teilnahme aller Eisenbahner ist Ehrenpflicht.

Der S.P.D.-Werbeausschuß der Eisenbahner.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Klempnermeister

Franz Gutzmann

nach langem, schwerem Leiden entschlafen ist.

In tiefer Trauer
Berta Gutzmann u. Kinder.

Die Einäscherung findet Donnerstag, nachm. 3½ Uhr, in der Gerichtstraße statt.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 17. November 1920 (Bußtag),
vorm. 9½ Uhr, in der „Königsbank", Gr. Frankfurter Str. 117

Versammlung

aller Vertrauensleute u. Betriebsräte der Gemeindebetriebe Gr.-Berlins

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Ausweises.

98/12 Die Ortsverwaltung.

Deutsch. Portier-Verband.

Sektion 7 des Deutschen Transportarb.-Verbandes.

Geschäfts- und Industriehausbranche.

Mittwoch, den 17. November, 10 Uhr:

Große Branchen-Versammlung

im Englischen Hof, Alexanderstr. 27c.

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zum Streik.
2. Diskussion u. Beschlußfassung. 97/4

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das vollzählige pünktliche Erscheinen aller Berufsangehörigen unbedingt notwendig.

Die Branchenleitung.

Allgem. Ortskrankenkasse für Nowawes und Umgegend.

Der von der Ausschußsitzung am 21. September 1920 beschlossene achte Nachtrag zur Satzung ist genehmigt worden. Geändert sind die §§ 20, 19, 22a und 62. Abdrucke sind im Kassenlokal zu haben. 160/9

Der Vorstand.
Wick, Vorsitzender. Zimmermann, Schriftführer.

Geschäfte verm. H. Biermann, Oranienburgerstr. 37, part. l. S.

Metallpreiserhöhung
Zinn u. Lötzinn! Weißmetall! Blei! Kupfer! Messing! Zink! Aluminium! Nickel Stanniolpapier! Quecksilber! Glühstrumpfasche bis 150.—, salpeters. Silber! Zahngebisse! Zahn bis 100.—! Goldbruch! Silberbruch! Platinabfälle! Kauft zu Tagespreisen

Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstr. 31.

Altmetalle

Kupfer, Messing, Zinn, Zink und Blei, auch Platin, Gold- u. Silberbruch kauft höchstzahlend

Metall-Einkauf-Zentrale,
Kottbuser Damm 66 (Hermannplatz). Mpl. 13580

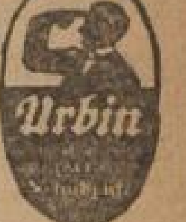
Wie vor dem Kriege

stellen wir wieder unser „Urbin" aus Terpentinöl und erstklassigen Edelwachsen her und bringen diese ganz hervorragende Qualität unter der Bezeichnung

Urbin-Terpentinölware

in Dosen mit Banderole in den Handel.

Diese Marken-Qualität ist in allen Geschäften zu haben. Fabrik Urban u. Lemm, Charlottenburg



Depot: Bergstr. 34, Nord. 6822.

Glühlampen

und

Installations-Material

zu kaufen gesucht.

Ing.-Bureau Jul. Schlichting
Berlin W 9, Linkstr. 10.
Tel.: Lützow 3705 u. 8518

Kreuz-, Alaska-, Silber-Füchse sehr preisw.

Damenpelzkragen v. 48
Rotfuchskragen v. 170
Pelzfutter für Mäntel von 150 M. an
Herrenkragen v. 65 an
Seal Elektric, Biberet
Herren- u. Dam.-Shawlkragen aus Australisch. Opossum v. 550.— an

Pelzwarenhaus
A. Klass & Co.,
Hackescher Markt
Rosenthaler Str. 40/41.

Commerz- und Privat-Bank

Aktiengesellschaft.

Nachdem die Fusion der Commerz- und Disconto-Bank mit der Mitteldeutschen Privat-Bank, Aktiengesellschaft und unsere Firmenänderung in Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft in das Handelsregister eingetragen ist, fordern wir hiermit die Aktionäre der Mitteldeutschen Privat-Bank, Aktien-Gesellschaft auf, ihre Aktien nebst Gewinnanteilscheinen für 1920 u. ff., sowie Erneuerungsscheinen zum Umtausch in Aktien unserer Gesellschaft mit Nummernverzeichnis in doppelter Ausfertigung, unter Benutzung der bei den Umtauschstellen erhältlichen Formulare, einzureichen.

Auf jede Aktie der Mitteldeutschen Privat-Bank, Aktiengesellschaft mit Gewinnanteilschein für 1920 u. ff. wird eine Aktie der Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft mit Gewinnanteilschein für 1920 u. ff., sowie Erneuerungsschein im gleichen Nennwert gewährt.

Aktien, welche nicht spätestens bis zum 28. Februar 1921 eingereicht worden sind, werden für kraftlos erklärt werden. Die auf die für kraftlos erklärten Aktien entfallenden Aktien unserer Gesellschaft werden gemäß § 290 H.G.B., Abs. 3, verkauft und der Erlös zur Verfügung der Beteiligten gestellt. Die Verwertung von etwa vorhandenen Spitzen werden die Umtauschstellen, sei es durch Verkauf überschießender Spitzen, oder Hinzukauf des fehlenden Betrages unter Zugrundelegung des an der Berliner Börse zuletzt notierten Kurses, vermitteln.

Als Umtauschstellen dienen:
unsere sämtlichen Niederlassungen;
außerdem in Aschersleben:
die Aschersiebener Bank Gerson, Kohen & Co., Kommanditgesellschaft;
in Cassel:
der Hessische Bankverein Aktiengesellschaft;
in Chemnitz:
unsere dortige Niederlassung,
sowie der Chemnitzer Bankverein;
in Cöln a. Rh.:
unsere dortige Niederlassung
und die Firma J. H. Stein;
in Dresden:
unsere dortige Niederlassung
und der Chemnitzer Bankverein;
in Falkenstein:
die Vogtländische Credit-Anstalt;
in Frankfurt a. M.:
unsere dortige Niederlassung
und die Firma J. Dreyfus & Co.;
in Gera (Reuß):
die Firma Gebr. Oberlaender;
in Löbau:
die Löbauer Bank;
in München:
unsere dortige Niederlassung,
die Bayerische Vereinsbank
und die Firma Alfred Lerchenthal;
in Weimar:
die Thüringische Landesbank Aktiengesellschaft.

Gleichzeitig fordern wir die Aktionäre unserer Gesellschaft auf, die Aktienmäntel der Commerz- und Disconto-Bank-Aktien, soweit dies noch nicht geschehen ist, zwecks Vermerkes der Firmenänderung durch Aufdruck bei den genannten Stellen einzureichen.

Hamburg, Berlin, im November 1920.

Commerz- und Privat-Bank.
Aktiengesellschaft.
Der Vorstand.

Patzenhofer Brauerei-Aktien.

Nachdem die Verschmelzung der Patzenhofer Brauerei Aktiengesellschaft mit der Schultheiß' Brauerei Aktien-Gesellschaft vollzogen ist, unter Abänderung des Namens der letzteren Gesellschaft in

Schultheiß-Patzenhofer Brauerei-Aktiengesellschaft,

fordern wir hiermit die Aktionäre der vormaligen Patzenhofer Brauerei auf, ihre Aktien — unter Beifügung eines Nummernverzeichnisses, wofür Formulare bei den nachstehenden Stellen erhältlich sind — zum Zwecke des Umtausches in Aktien unserer Gesellschaft von heute ab bis zum 22. Dezember 1920
in Berlin bei der Deutschen Bank,
" " Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft,
" " Nationalbank für Deutschland,
" den Herren Jacquier u. Securius, C. 2, An der Stechbahn 3/4,
" Herrn C. J. Meyer, W. 8, Boßstr. 16,
während der üblichen Geschäftsstunden einzureichen.

Der Umtausch erfolgt in der Weise, daß im Tausch gegen je nom. M. 6000,— Aktien der Patzenhofer Brauerei mit Gewinnanteilscheinen für 1919/20 u. ff. je nom. M. 5000,— Aktien unserer Gesellschaft mit Gewinnanteilscheinen für die Zeit vom 1. September 1919 ab gewährt werden. Außerdem erhalten die Einreicher für jede zum Umtausch eingereichte Aktie der Patzenhofer Brauerei eine Barvergütung von 20 Proz. des Nennwertes.

Aktien, welche innerhalb der Zeit bis zum 22. Dezember 1920 nicht zum Zwecke des Umtausches eingereicht sind, bzw. eingereichte Aktien, welche die zum Ersatz durch Schultheiß-Patzenhofer Brauerei-Aktiengesellschaft-Aktien erforderliche durch M. 6000,— teilbare Zahl nicht erreichen, und nicht zur Verwertung für Rechnung der Beteiligten zur Verfügung gestellt sind, werden für kraftlos erklärt werden. Die Aktien unserer Gesellschaft, die an Stelle der für kraftlos erklärten Aktien der Patzenhofer Brauerei zur Ausgabe gelangen, werden für Rechnung der Beteiligten in Gemäßheit der §§ 305, Absatz 3, und 290 HGB. verwendet werden.

Um den Besitzern von Aktien der Patzenhofer Brauerei unter nom. M. 6000,— bzw. von nicht durch M. 6000,— teilbaren Nennbeträgen den Umtausch zu ermöglichen, sind die Umtauschstellen bereit, den Zukauf oder Verkauf von Spitzenbeträgen von Aktien der Patzenhofer Brauerei zu vermitteln zwecks Erreichung eines durch M. 1000,— teilbaren Nennwertes von Schultheiß-Patzenhofer-Brauerei-Aktien.

Die Aushändigung der neuen Schultheiß-Patzenhofer Brauerei-Aktien nebst Gewinnanteilscheinbogen erfolgt nach deren Fertigstellung; der Termin der Aushändigung wird noch bekanntgegeben werden.

Berlin, im November 1920.

Schultheiß-Patzenhofer Brauerei-Aktiengesellschaft.
Dr. W. Sobernheim.

Schlafzimmer

eichenes, Spiegelschrank, Marmortoilette mit Facettspiegel, Nachttische, Bettstellen mit Stahlmatratzen, Rohrstühle 3850,—; dasselbe weiß lackiert 8500,—. Herrenzimmer 2 m Bibliothek komplett 4850,—. Speisezimmer gediegene Ausführung mit 6 echten Lederstühlen 4850,—. Kücheneinrichtung 575,—. Klubgarnituren 4900,—, nußbaum Standuhren 1900,—. Viele Gelegenheitskäufe in schweren Zimmereinrichtungen u. Einzelmöb. zu enorm billig. Preisen.

Hans Lennert,
Berlin N, Lothringer Str. 55 am Rosenthaler Platz.

---

3 helle Doppelriegel 3,50 M., 3,60 M., 3,90 M. Toilettenseife, genau so konkurrenzlos. Nur Kommandantenstr. 58, Michaelis

---

Dringend gesucht

Kupfer

Zinn, Lagermetall, auch alle anderen Metalle.

Dresdener Str. 13-14

Metallbetten

Stahldrahtmatratzen, Kinderbetten. Polster an jedermann. Katalog fr. Eisenmöbelfabrik, Suhl in Thür. 88/15

Christbaum-Kerzen

en gros en detail
FRACHET, Berlin SO 16, Cöpenicker Straße 63. [135/9

Obstbäume

in allen Arten und Formen. Beerenobst, Rosen und Ziergehölze in reicher Auswahl. Preisliste gratis.

Tempelhofer Baumschulen,
Berlin-Tempelhof,
Albrechtstraße.
Fernsprecher: Südring Nr. 729.

Kaffee

hat noch abzugeben, auch en gros. Norden 4858.

Rauch, Invalidenstr. 164.

Grundstück
sofort zu verkauf., 2 Morgen großer Obstgarten, massives Gebäude, Stall u. Scheune, f. preisw. Bad Liebenwerda (Prov. Sachs.). Fritz Pohle, Liebenwerda. Berliner Str. 3, f. Berlin z. erfr. Cierpinski, Marienburgerstr. 5.

Zinn u. Blei,
Altmetalle, kauft zu hohen Preisen Zinnschmelze, Prinzessinnenstr. 17 (Moritzplatz).

Zinn u. Blei

sowie alle Altmetalle kaufen zu Tagespreisen

Metallschmelzwerke,
Waldemarstr. 74.
Telephon: Moritzplatz 9938

Zigaretten!

Englische Marken von M. 220 an
Deutsche Marken von M. 120 an.
Eigene Zigarrenfabrik, daher Zigarr. billiger wie überall.
Hanewacker,
Stumpen, Zigarillos
Neukölln, Bergstr. 52-53
Ecke Jonasstraße.
Berlin, Münzstraße 2.

Alt-Metalle

jeder Art
engros-Verwertung
Invalidenstraße 142.

Sealmantel,
Prachtstück 2900,—, wunderv. Kreuz-Silberfuchs 250—450—750 verk. Grosmann, Schöneberg, Kufsteiner Straße 3, I. Untergrundb. Bayerischer Platz.

Sämtl. Altmetalle
kauft laufd. — höchst. Tagespreise — Gesundbrunnen. Bahnhof Gesundbrunnen.

Handels- Kasten- Leiter- Wagen

Karren aller Art

Grundmann & Kuhn
Transportgeräte-Fabrik,
Cöpenicker Str. 73 u. 113.

Kupfer

Messing, Zinn usw.
Quecksilber, Zahngebisse,
Platin-, Gold-, Silberbruch,
weit über Tagespreis

Brunnenstr. 11
Beusselstr. 29
Fennstr. 48
Weidenweg 72

Metallankaufsstelle Osten.
Grüner Weg 80
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Aller Art Aller Art
Pistolen
Mauser Cal. 7,65, Walther, Dreyse, Browning etc. kauft und tauscht Walter Dielke, Waffen- u. Munitionswerkst., Berlin, Kommandantenstr. 36

Spezial-Behandlung

v. Haut-, Harn-, Unterleibsleiden, nervöser Schwäche. Größte Heilerfolge! Besonders f. Kranke, welche anderwärts nicht ausgeheilt worden sind. Blutuntersuchung. Höhensonne-Bestrahlg.

Dir. Hermanns, Elsasserstr. 42 f. Ecke Friedrichstr. Spr.: 10—12, 4—7. Stg. 12—1

Spezial-Arzt

für Haut- u. alle Harnleiden,
Harn- und Blutuntersuchungen.

Dr. med. Karl Reinhardt,
Potsdamer Straße 117, an der Lützowstraße.

Sprechstunden: ½12—2, ½6—8 abds., Sonntags ½11—1 Uhr. Aufklärende Broschüre mit Beschreibung sämtl. Heilverfahren in verschl. Kuvert geg. Einsend. v. 2.— M. portofrei

---

Wie ist es möglich, eine Rückgratverkrümmung zu bessern, zu heilen? Illustr. Broschüre geg. Einsendg. von 5 Mk. von Franz Menzel Berlin-W. 7 Magdeburger Str. 25. F. Rückrück. 3 M. zurück

---

Verkaufen Sie Ihr

Platin. Jridium (pr. Gramm 190 M.)

sowie sämtliche Metalle aus der Platingruppe, wie

Rodium u. Ruthenium (p. Gr. 200 M.)

Barren und Bestecke

Gold- und Silberbruch, Zahngebisse

nur im Spezialgeschäft! Ständige Börsenverbindung.

Garantie daher für günstige Tagespreise.

Heinrich Trapp,
Beuthstraße 10 (Laden) Am Spittelmarkt.

„Colonial"

60 Pfg.

Rein überseeisch!

60 Pfennig

Sumatra-Deckblatt
Java-Umblatt
Java-Brasil-Einlage
Ia. Qualitäts-Zigarre
in Packungen zu 100 Stck.
Versand nur in Originalpackungen geg. Nachn. od. Voreinsend. d. Betrag.
Wiederverkäufer erhalten 15% Rabatt.

Gustav Haase Nchfg. Zigarren-Großhandlung.
Berlin, Neue Königstr. 86 und Neanderstr. 38.

Reichhaltiges Lager in Zigarren, Zigaretten, Rauch- und Kautabak. — Spezialität: Hamburger Zigarren. Frische Havanna-Importen.

Doppel-Riegel

à 250 gr prima Fettseife — M. 4,30 — laufend lieferbar.

Schwaebe & Steinke,
29/9 Friedrichstr. 230.

Alte Zahngebisse, Gold-

bruch kaufe täglich, auch Sonntags, von 10 Uhr ab. Stiftzahn 14,50 bis Gramm 170,—. Knopfzahn 7,75.— Eigenbedarf. 12/10 Urban, Mariannenstr. 20.

Kupfer, Messing
Rotguß, Zink, Blei, Zinn, Quecksilber
kauft zu Tagespreisen.
Fr. Neumann jr., Invalidenstr. 109, Hof. Nord. 10507.
Bestes Absatzgebiet für Fabrikanten und Händler

Konzertflügel

Stutzflügel wie neu, gebrauchte, neue Pianos, nußbaum, schwarz, stets Gelegenheiten in billigen Instrumenten.

— Piano-Haus —
Alexanderstr. 37
gegenüber Polizeipräsidium

!!! Geld !!!

für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine Brillanten, Goldgegenstände Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III. Ecke Kochstr.

Altblei — Weichblei!
jede Menge
Reinzinn! Lötzinn! Weißmetall! alle Zinnlegierungen
kauft für Spezialgebrauch zu hohen Preisen
Edelmetall-Einkaufsbureau,
Weberstr. 31.

Die günstigsten Preise

für Kupfer, Messing, Rotguß usw. spez. Zinn und Weißmetall erzielen Sie
Adalbertstraße 4
u. Prinzenstraße 101.

Zinn- u. Weißlager
sowie sämtl. Altmetalle kaufen die Einkaufsstellen:
Stallschreiberstr. 48/49,
Alte Jakobstraße 71,
zu Tagespreisen!

Gold-, Silber- Bruch,
Kupfer, Messing, Blei, Zinn, Zink usw.
Zahle stets Tagespreise! Metallschmelze Siemensstraße 6 (Bahnhof Beusselstraße).

Leiter- und Kastenwagen von 200 Mark an
in Handarbeit. Der stabilste Wagen!
„Nordflug", Wilhelmstr. 42a.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
Die Frau ohne Schatten
5 Uhr.

Schauspielhaus.
Außer Abonnement, 6½ Uhr:
Peer Gynt.

Deutsches Theater.
7 Uhr: Kabale und Liebe.
Mittw.: Der lebende Leichnam

Kammerspiele.
7: Er ist an allem schuld. Der Spieler. Der Heiratsantrag.
Mw. 7½: Frühlings Erwachen

Gr. Schauspielhaus
(Karlstraße)
8: Jedermann (3. Abt., 2. Ab.)
Mw. 7½: Jedermann (außer Ab.)
8 U.: Jedermann (3. Abt., 2 Ab.)

Theater i. d.
Königgrätzer Straße
½8 Uhr: Erdgeist.
(Orska, Steinrück.)
Donnerstag: Rausch.
(Orska, Abel, Riemann, Richard Veidtkirch, Dernburg, Römer.)

Komödienhaus
½8: Die Sache mit Lola mit Max Pallenberg.
(Josefine Dora a. G., Gertrud Wagner, Picha, Haskel, Steda Kiper.)

Berliner Theater
Donnerstag 7 U., z. 1. Male:
Die spanische Nachtigall
Operette von Schanzer und Welisch. Musik von Leo Fall.
Hauptdarsteller:
Fritzi Massary
Erik Wirl, Hans Wassmann, Julius Brandt. Emmy Sturm, Olga Engl.

Central-Theater
7½: Frau Bärbel (Operette)
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Mignon.**
Friedr.-Wilhelmst. Th.
7½ U.: Hoheit die Tänzerin.
Kleines Theater.
7½ U.: **Griselda.**
Kl. Schauspielhaus.
7½ U.: Büchse der Pandora.
Komische Oper
7½ Uhr: Liebe im Schnee.
Bußtag: Gastsp. Neues Volkstheater: Jugend.
Lustspielhaus
7½ Uhr: Arnold Rieck in Zwangseinquartierung.
Metropol-Theater.
7½ U.: Hollandweibchen
Neues Operettenhaus
7½ U.: Die Csikósbaroness
Neues Volkstheater
7½ U.: Major Barbara
Schiller-Theat. Charl.
7½ Uhr: Bettinas Verlobung
Thalia-Theater
7½ U.: Die närrische Liebe.
Th. am Nollendorfplatz
7½: Die beid. Reichenmüller.
7 Uhr: Wenn Liebe erwacht
Bußtag 7½ Uhr:
Konzert Ansorge.
Theater des Westens
7½ U.: Der ersten Liebe gold. Zeit
Bußtag 7½: Die Schöpfung. Stolzenberg, Laubenthal.
Th. i. d. Kommandantenstr. früher Herrnfeld-Theater.
7½ U.: Der verjüngte Adolar
Wallner-Theater
7½ U.: Der Geiger von Lugano.
Walhalla-Theater
7½ U.: Gastsp. Hartstein

Residenz-Theater.
Täglich ½8 Uhr:
Die Freundin
Tilla Durieux, Toelle, Bildt, Albers, Valentin.
Sonntag 4 Uhr, halbe Preise:
Die Freundin.

Trianon-Theater.
Täglich 7½ Uhr:
Der Roman einer Frau
Ida Wüst, Burg, Limburg, Valetti, Falkenstein.
Mittw. ½8: Myrrhe.

Rose-Theater.
7½ Uhr:
Kater Lampe.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7 U.: Nach Damaskus 2. u. 3. Teil.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
7½ Uhr: **Flamme.**
(Dorsch, Grüning, Klein-Rogge, Pröckl.)
Mittwoch 7: Peer Gynt.
Donnerstag bis Montag 7½: Flamme.

Deutsches Künstler-Theater
7½ Uhr:
Die Scheidungsreise
mit Max Adalbert und Trude Hesterberg.
Mittwoch 7½: **Gespenster.**
(Lossen, Haack, Götz, Loos.)
Donnerstag bis Montag 7½: Die Scheidungsreise.

Walhalla Theater
a. Rosenthaler Pl.
3. Monat
Wilh. Hartstein.
Täglich 7½ Uhr
Sonntags 3½ u. 7½ Uhr:
Die neue große Ausstattungsburleske
Je toller, je besser!
6 Bilder von W. Hartstein.
Außerdem die neuen November-Attraktionen.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. — Tgl. ½8:
Vollständig neues Programm
Der Fehltritt einer Frau.
Volksstück in 4 Bildern.
Theaterliebe.
Op.-Sketch mit Viktor Litzek.
Volkstümliche Preise.

½8 Uhr: **Folies Caprice**
Sanatorium Steinach
Der gehörnte Siegfried
mit Ferd. Grünecker.

Königstadt-Theater
Bahnhof Jannowitzbrücke
Tägl. 7.30 Gala-Sänger.
Im Ballsaal TANZ.

APOLLO
7½ U. Theater 7½ U.
Dir.: James Klein.
Letzte Tage!
Harems-Nächte!!
sowie im Rahmen der November-Sensationen
Keine Löwen-Babys
sondern urwilde
Riesen-Löwen
direkt aus d. Wildnis
und nicht, wie bei andern Löwen Vorführung, i. d. Gefangenschaft geboren.
Sonntag 3½ Uhr ungekürztes Programm. 1 Kind frei!

Admiralspalast
7½: Die roten Schuhe.

Passage-Theater
Unter den Linden 22/23.
Dir.: M. Sollmann
2 Uraufführungen 2
D. geheimnisvolle Steinbruch.
I. Teil.
Der Nacht-Reiter.
Sensations-Detektiv-Drama in 5 Akten.
In der Hauptrolle:
Bruno Eichgrün.

Sein letzter Trick.
Spannungsvoller Detektiv-Film in 5 Akten.
In den Hauptrollen:
Heinrich Peer
Erna Papst
Ernst Pittschau

Behrenstraße 54
12 Attraktionen.

Schall und Rauch
im Großen Schauspielhaus
Dir. Hans v. Wolzogen
Wiederauftr. Paul Graetz
Vilma von Medgyaszay
Transky, Klabund, Pohl, Gregor Ratoff m. s. Chor
Wolowsky, Bendow, Newolina, Bland, Ebinger
„Totentanz"
Kapelle Leonidoff
Konz. 7 Uhr, Anfang 8 Uhr.

BTL
Potsdamer Str. 38
Friedenau, Rheinstr. 14
Nur noch heute und Donnerstag:
Der gewaltige Film
Katharina die Große
Turmstr. 12
Pola Negri
in Martyrium
Alexanderpl.-Passage
Lotte Neumann
in Hof

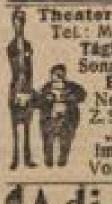
Morgen Bußtag Philharmonie **7½ Uhr:**
Einziges Konzert — Arienabend 29/11
DUX
Giordani, Pergolese, Mozart, Verdi, Massenet.
Am Flügel: Bruno Seidler-Winkler. — Kart. M. 25 bis 4.— u. Steuer bei Bote u. Bock, Wertheim

Kabarett-Café
ORIENT
Strausberger Platz, 5 Min. v. Alexanderpl.
Hervorragendes November-Programm
Die Sensation 1920:
Nadja Sobieska
Die Nihilistin.
Ferner: Klein Wera / Rudi Nansen / Christoph-Richard Bellak / Carmen de Castella.
Beliebte Hauskapelle Hanold.

Brillanten Perlen, Platin, Gold-Bruch kauft **„Veritas"** Jägerstr. 10.

Circus Busch
Tägl. 7.15, Sonntag a. 3 U.
Pers. H. Stosch-Sarrasani
25 Löwen 25
Burkhardt-Footits Schule.
Pantomime: Mazeppa.
Nachm. halbe Pr. f. Kinder
Vorv.: Tietz, Circuskasse

Winter-Garten
Täglich 7.15 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!


Theater a. Kottbus. Tor
Tel.: Moritzplatz 14814.
Täglich 7½ Uhr und Sonntag nachm. 3 U.:
Elite-Sänger.
Neues Programm!
Z. S. d. lust. Einakter
„Ein Abenteuer im Witwenverein."
Vorv. 11-1½, 4-6 Uhr

Adi-Haus
Taubenstr. 34 — Ztr. 1652
Heinz Artus
Magda Cornelius
Erna Ernani
Hans Brückner
Gebr. Alexander
Cornelius-Duett
Anny Gragert
Hans Wilh. Bachmann
Peter Mann
Adolf Lieban
Bargetränke
Mocca, Tee, Schokolade
Erstkl. Küche
ff. Weine
Beginn pünktl. 7 Uhr
Eintritt frei.

Concordia-Palast-Theater
64 Andreasstr. 64.
7 U.: Das Drama von Glossow
7 U.: Der Henker v. St. Marien
8 U.: Auf der Bühne:
E. u. B. Hanau, Carl de Ego,
Cona Nansen, Otto u. Helena

Reichshall.-Theater
Abends 7½ und Sonntag Nm. 3
Stettiner Sänger.
Nm. halbe Preise
Varieté-
Dönhoff-Brettl, Anf. 6½, So. 3

Philharmonie.
Sinfonie-Konzert
des Philharm. Orchesters.
Dirig. Richard Hagel.
Past. Sinf. Beethoven, Solist Kropholler (Cello)
Anf. 8 Uhr. Eintritt 3 M.

Eulenspiegel-
Kabarett.
Jägerstraße 58
Täglich Anfang 7½ Uhr.
Gastspiel
Paul Heidemann
und das große Programm
Nach dem Kabarett: Ball.

De-Ka
Konditorei Neukölln, Boddinstr. 65
am Rathaus
Intime Musik : : Neu renoviert
Eigene Konditorei

Brillanten
kauft
Berliner Edelstein-Ges. m. b. H.
Friedrichstr. 168. Nur 1. Etage

Ankauf von
Brillanten, Perlen,
Uhren, Platin und Goldbruch.
G. Schliephacke, Friedrichstraße 210, Ecke Kochstraße.

Brillanten
Gold- und Silberbruch, Platin kauft zu hohen Preisen
Eigene Schmelze
HERTEL & Co., Goldwarenfabrik
Beuthstr. 16, am Spittelmarkt.
9 bis 4 — Zentr. 7973

Kaufen
Brillanten
Juwelen jeder Art kleine u. sehr große Objekte, weit über d. n höchsten Tageskurs. Bruchgold bis 36 M. Bruchsilber bis 1,40 M., Platin 150 bis 170 M. per Gramm (fein). Unsere direkte Verwertung ermöglicht uns, sehr hohe Preise anzulegen, die von sogenannten Ankaufsstellen selten gezahlt werden können. Unser Stichwort: Wir führen, andere folgen.
Edelsteinverwertungsstelle
Kochstr. 16-17
(Kein Laden).
(9-7 Uhr).

Ankauf Juwelen
Margrai & Co.
Kanonierstr. 9.

ANKAUF von BRILLANTEN

Friedrichstr. 95
(A. Bhf. i. H. Café Skandinavia)

Metalle, Quecksilber, Zinn, Weißlager
kaufen laufend
Schützendorfer Str. 2,
Kösliner Str. 6,
Swinemünder Str. 109.
Kurfürstenstr. 9,
nahe Potsdamer Straße.
Neukölln:
Schillerpromenade 23.

Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Quecksilber
Zahngebisse
Kupfer
Messing
Blei
Zinn
und andere Metalle kauft zu Tagespreisen
A. W. Iden & Co.
1. Geschäft:
Charlottenburg, Wallstr. 30.
2. Geschäft:
Schöneberg, Feurigstr. 36.

Gardinen staunend billig!
Ausnahme-Woche.
Fenster von 25, 35, 45 M. an. Meterware vom Stück, per Meter 6, 12, 15 M. usw., elegante Künstlergardinen, dreiteilig, 65 M. an; Bettdecken, einbettig, 48 M. an, zweibettig, 68 Mark an. Teppiche, Läuferstoffe, Tisch- und Divandecken.
Fahrgeldvergütung. Brautleute erhalten ein Geschenk.
Herzig, Spezialgeschäft für Gelegenheitskäufe, Berlin, Neue Königstr. 81, nahe Alexanderplatz.

ALT-METALLE
Kupfer, Messing, Lagermetalle usw., Eisen kauft höchstzahlend Metallschmelze
Stallschreiberstr. 55
Hof, Keller, kein Laden.

Lecithinpillen
Marke „Sibafa"
bekämpfen Migräne, Neurasthenie, Schlaflosigkeit, Blutarmut, Bleichsucht.
Pelikan-Apotheke Berlin W., Leipzigerstr. 93, nahe Charlottenstr.
Zentrum 9716

Kommunen und **Behörden**
die an der Nordsee
Kinder- oder Erholungsheime
errichten wollen, wenden sich wegen Auskunft zweckmäßig an
F. A. Brockmann, Norderney.

Bei **Nervosität**
körperlicher und geistiger Abspannung
Dr. Hoffbauers ges. gesch.
Lecithin-Präparate
mit Eisen | mit Arsen | mit Kola
Aus reinstem, dem Hühnerei entzogenem Nervstoff oder Lecithin hergestellt.
Ausführl. Lit. gratis durch
Elefanten-Apotheke, Berlin SW. 19,
Leipziger Str. 74 (Dönhoffplatz)
Amt Ztr. 7192

Anzüge, Ulster
Paletots, Cutaways, Hosen, Alaska- und Kreuzfüchse, Muffen. (Keine Lombardware.)
Verkauf zu enorm billigen Preisen.
Leihhaus Friedrichstr. Nr. 2

12 000 Straußfedern
zu verkaufen, ca. ½ Meter lang, Stück 1 M., 2 M., 3 M., 5 M.; ca. ½ Meter lang 5 M., 10 M., 15 M., 25 M.
Muster gegen Nachnahme.
Hesse, Dresden,
Scheffelstraße.

Stellenangebote

Sattelmacher
1 od. 2 tücht. Sattelm., in Luxus-Karosseriearb. geübt, erh. sofort dauernde Arb. Für Wohng. wird gesorgt. Antworten mit genauen Auskünften an Carl Heffermehs' Wogn- und Karosseriefabrik, Kristiania, Norwegen. 184/8

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Stettin und die Afa.
Gesucht wird zum baldigen Antritt ein 187/18
Sekretär f. die Betriebsrätezentrale Groß-Stettin.
Es wird auf eine Kraft reflektiert, die in volkswirtschaftlichen Fragen über ausreichende Kenntnisse verfügt. Gehaltsansprüche sind anzugeben. Bewerbungen mit der Aufschrift „Bewerbung" sind bis spätestens 1. Dezember d. J. an den Ortsausschuß Stettin, Arbeitersekretariat, Gr. Oderstr. 18/20, zu richten.
Ortsausschuß. Afa.

Tüchtige
Schaufenster-dekorateure
sofort gesucht.
Meldungen: 1—2 Uhr mittags, 5—6 Uhr abends.
A. Jandorf & Co.,
Kottbuser Damm 1.

Tüchtige
Verkäufer
und
Verkäuferinnen
für
Kleiderstoffe
sofort gesucht.
Meldungen: 12—2 Uhr mittags, 5—6 Uhr abends.
A. Jandorf & Co.,
Belle-Alliance-Straße 1/2.

Victoria Leo-Bermann-Konzerte • Zigeuner-Kapelle Ferko Kurucz • Zentralpunkt der Friedrichstadt für gute Musik **Diele**
Unter den Linden 46, Ecke Friedrichstraße
Treffpunkt aller Fremden • 2 Kapellen • Tischbestellung: Zentr. 5490 • Leitung: KURT HOFMANN

Caid 40 ₰ die gute Zigarette **Caid 40 ₰** die gute Zigarette
MASSARY ZIGARETTEN

Haltet den Dieb!

Breslau, 15. November. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Das Breslauer Gewerkschaftshaus war am Sonnabend der Schauplatz einer großen Staatsaktion. Auf deutschnationale Denunziation wurde nach Waffen gesucht. Die Haussuchung war auf eine Aufforderung der interalliierten Kommission in Breslau durch den Entwaffnungskommissar angeordnet worden. Um 12 Uhr mittags erschien ein Polizeikommissar mit drei Offizieren der Entente, um den Auftrag auszuführen. Der Geschäftsführer empfing die Herren mit der Versicherung, daß ihre Mühe umsonst sein werde, denn das Gewerkschaftshaus berge keine Waffen. Trotzdem gingen sie ans Werk, und vom Garten und Keller angefangen wurden bis zum Dachboden hinauf alle Räume peinlichst durchsucht, ohne daß etwas gefunden wurde.

Da fiel ihr Blick auf das Konzertpodium des großen Saales und sie verlangten, daß es geöffnet werde. Der Geschäftsführer versicherte, daß auch dies keine Waffen berge. Da es aber befestigt ist, erhob er gegen ein Aufreißen des Fußbodens Einspruch. Die Breslauer Arbeiterschaft werde sich möglicherweise eine Beschädigung ihres Hauses nicht ruhig gefallen lassen, und die interalliierten Herren könnten in persönliche Gefahr kommen. Sie bestanden jedoch auf ihrem Entschluß. Schließlich erklärte der Geschäftsführer, daß er nur der Gewalt weichen werde, worauf ihm mit Gewalt gedroht wurde. Man holte darauf einen Tischlermeister, der den Fußboden aufreißen mußte. Doch vergebliche Liebesmüh! Auch das Podium barg natürlich keine Waffen. Für den verursachten Schaden wird von der Entente natürlich Wiedergutmachung verlangt. Der Geschäftsführer gab den Herren zuletzt den Rat, bei den deutschnationalen Denunzianten, den Studenten und den Rittergutsbesitzern der Umgegend, ebenso genau nachzusehen, denn dort würden sie wohl Waffen finden, worauf sich die Herren nach vierstündiger Arbeit entfernten.

Wie gespart wird!

Für das in Errichtung begriffene Reichsarchiv in Potsdam sind 33 höhere Beamte im Notetat bewilligt. Das preußische Geheime Staatsarchiv hat nur 10 Beamte. Vorgesehen sind ein Präsident Oberstleutnant (natürlich) Merz und vier Direktoren. Die Beamten sind in höhere Gehaltsklassen eingereiht als die entsprechenden Beamten des preußischen Geheimen Staatsarchivs. 40 oder mehr Beamte sind bereits ernannt, und zwar frühere Offiziere des Generalstabs, die keine archivalische Vorbildung hatten und erst durch Beamte des preußischen Geheimen Staatsarchivs Lehrkurse erhielten. Die restlichen Beamten sollen durch die Kommission beim Reichsarchiv ernannt werden, bei der sich kein einziger Archivar befindet, mit Ausnahme des Archivdirektors Kehr, der zwar ein hervorragender Organisator ist, aber nicht aus der Archivkarriere hervorgegangen ist. Unter den als Archivräten anzustellenden Persönlichkeiten befinden sich solche, die ihr staatliches Archivexamen noch gar nicht bestanden haben, sondern erst in der Folge machen wollen.

Der Grund der zahlreichen Beamtenstellen ist angeblich, daß das Reichsarchiv nicht beabsichtigt, seine Tätigkeit auf das Archivale zu beschränken, sondern als Forschungsinstitut arbeiten will. Vor allem soll die Kriegsgeschichte bearbeitet werden. Eine Arbeit über die Marneschlacht soll schon in Vorbereitung sein. Vor dem Kriege hat der Staat für solche Forschungen keine Mittel zur Verfügung gestellt. Dazu ist es wissenschaftlich bedenklich, historische Arbeiten unter behördlicher Verantwortung zu veröffentlichen. Der Zweck des Reichsarchivs scheint also eine Fortführung des Generalstabes oder die Versorgung einer großen Anzahl von Generalstabsoffizieren zu sein. Für die Sachkenntnis und Arbeitsziele des Reichsarchives ist es bezeichnend, daß an das Auswärtige Amt der Antrag gestellt worden sein soll, die Kriegsakten abschreiben zu dürfen.

Kongreß ehemaliger Kriegsgefangener.

Die „Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener" hielt am 13. und 14. November in Hannover ihren vierten Bundestag ab, der aus allen Teilen des Reiches besucht war. Die öffentlichen Verhandlungen fanden am Sonntag vormittag statt, zu deren Beginn der Leiter der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene, Regierungskommissar Schlesinger-Berlin, auf eine diesbezügliche Anfrage über die Frage der Heimbeförderung der sibirischen Kriegsgefangenen berichtete. In knapp sechs Monaten sei eine Bewegung von 180 000 Mann hin und zurück durchgeführt worden. 80 000 Mann seien über die Ostsee, 5587 Mann über den fernen Osten abtransportiert worden. Für den Abtransport seien 1 200 Millionen M., für den Empfang wirtschaftlicher Beihilfen 400 Millionen M verausgabt worden. Der Abtransport eines Mannes über Wladiwostok belaufe sich auf 50 000 M.

In der anschließenden Ansprache wurden heftige Angriffe und

Vorwürfe gegen die Regierung

laut. Eine längere Aussprache nahm die Forderung nach Nachzahlung der Löhnung in Anspruch. Der Regierungsvertreter erklärte hierzu, daß die Regierung niemals dem Standpunkt einer unterschiedslosen Nachzahlung der Löhnung beitreten würde. Der Vertretertag wählte sodann eine Kommission, die eine Entschließung ausarbeitete, welche vom Vertretertag einstimmig gebilligt wurde.

In der Entschließung heißt es, daß der Kongreß den Anspruch auf Nachzahlun der Gebührnisse aufrecht erhalte, jedoch im Hinblick auf die Notlage der Finanzen auf uneingeschränkte Durchführung des Anspruches verzichte; deshalb solle die Nachzahlung nach sozialen Gesichtspunkten erfolgen. Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde u. a. die Frage der Arbeitsbeschaffung und der produktiven Erwerbslosenfürsorge sowie das Problem der Siedlungsfrage eingehend erörtert.

Aufgaben des Stadtmedizinalamtes.

In einer Unterredung mit einem Vertreter der P.P.R gab der neuernannte Stadtmedizinalrat Dr. Rabnow eine Uebersicht über seine Aufgaben und Ziele, der wir folgendes entnehmen:

Das Gesundheitswesen Groß-Berlins müsse zu einer Verwaltungseinheit zusammengefaßt werden. Schon aus finanziellen Gründen werde sich eine scharfe Organisation mit möglichst geringem Kraftaufwand und möglichst großem Effekt empfehlen. Im Vordergrund des sozialhygienischen Interesses stehe die Schulgesundheitspflege, die Säuglingsfürsorge und die Ernährungsfrage; ebenso verdiene die Fürsorge für die Schwangeren und die Mütter höchste Beachtung. Alle diese Fragen müßten im Zusammenhang mit der Wohnungsfrage berücksichtigt werden. Genau zu beachten sei ferner die Krankenfürsorge und Krankenhausfrage sowie das Problem der Spezialanstalten. Man müsse prüfen, ob nicht in den Ländern Gesundheitsministerien einzurichten seien. In Preußen sei das Gesundheitswesen jetzt ein Teil des Wohlfahrtsministeriums; jedoch sei der Begriff der Wohlfahrt so verwässert, daß er leicht zu irrtümlichen Vorstellungen führen müsse.

Dr. Rosenfelds Uebereilungen.

Herr Dr. Rosenfeld will noch immer nicht zugeben, daß er sich Uebereilungen in der Abfindungsfrage zuschulden hat kommen lassen, genau wie unser Genosse Dr. Südekum. Vielmehr läßt er in der „Freiheit" auf die (von uns bereits mitgeteilte) Zuschrift des Genossen Otto Braun sehr hochmäßig antworten, daß dieser den Hohenzollern insofern zu weit entgegengekommen sei, als er 1. dem Ministerium Hirsch angehörte, das die Abfindungsvorlage einbrachte, und 2. als Ministerpräsident diese Vorlage nicht zurückzog. Wir könnten, ohne Rücksprache mit Gen. Braun, darauf erwidern, daß es allgemein bekannt war, daß Braun, ebenso wie der „Vorwärts", selbst die Vorlage innerhalb des Ministeriums Hirsch bekämpft hatte, jedoch überstimmt wurde — aber wenn es jemanden gibt, mit dem wir hierüber nicht zu diskutieren haben, so ist es Herr Dr. Kurt Rosenfeld selbst. Denn die ersten den Hohenzollern zu weit entgegenkommenden Schritte sind von diesem als dem preußischen Volksbeauftragten für Justiz unternommen worden, und zwar in der Form eines von ihm gezeichneten und an verschiedenen Stellen von ihm handschriftlich korrigierten Entwurf einer Erwiderung auf eine Beschwerde des Prinzen Eitel Friedrich. In diesem vom 19. Dezember 1918 datierten Entwurf heißt es u. a.:

„Es handelt sich bei der „Beschlagnahme" in der Bekanntmachung vom 30. November 1918 **nicht . . . um eine vorbeugende Gewaltmaßregel, sondern um eine vorsorgliche Inbesitznahme während schwebender Auseinandersetzung.** Es wird sich empfehlen, dies in der Erwiderung auf die Rechtsverwahrung des Prinzen Eitel Friedrich zu betonen und damit dem — sonst nicht unbegründet erscheinenden — Angriff, daß die Beschlagnahme einen unzulässigen Eingriff in das Privateigentum des königlichen Hauses und seiner Mitglieder enthalte, entgegenzutreten."

Des weiteren betonte Rosenfeld ausdrücklich, daß es sich nur um **„eine fürsorgliche Sicherstellung" handelt.** Sodann schlug Rosenfeld die Schaffung einer Auseinandersetzungskommission beim Justizministerium vor und begründete diesen Vorschlag damit, daß

„es sich bei der Auseinandersetzung wesentlich und in erster Reihe um Rechtsfragen handelt."

Man kann diesen formal-rechtlichen Standpunkt des Dr. Rosenfeld beurteilen, wie man will. Einige unserer Genossen, darunter Dr. Südekum, hatten sich ihn zu eigen gemacht, wir und die überwiegende Mehrheit der Partei haben ihn als politisch-unmoralisch von Anfang an entschieden bekämpft. Aber es ist wahrhaftig eine **Dreistigkeit sondergleichen,** wenn ausgerechnet Dr. Rosenfeld es noch wagt, den Mund in dieser Angelegenheit aufzutun, nicht nur um sich gegen den in Wirklichkeit viel zu zahmen Vorwurf der „Uebereilung" zu verteidigen, sondern obendrein noch, um sich als Richter über andere aufzuspielen.

Deutschland und Rußland.

Im Anschluß an die Versammlung in Düsseldorf erklärte Dr. Simons einem Redakteur der „Bergisch-Märkischen Zeitung", er sei überzeugt, daß eine Verständigung zwischen Bayern und Preußen möglich sei und daß auch die Entente bei Erledigung dieser Angelegenheit Geduld und Vertrauen in den Willen der Regierung, das Abkommen von Spa zur Durchführung zu bringen, zeigen werde. Zu den Bestrebungen Bayerns,

auf Kosten Preußens

die Führung der Reichspolitik an sich zu reißen, goß Dr. Simons der Meinung Ausdruck, daß solche Bestrebungen nur solange fortbestehen würden, als ein Zweifel herrsche, ob es die Reichsregierung an dem ernsten Willen fehlen lasse.

Das Gespräch wandte sich dann der Frage der Beziehungen mit Sowjetrußland zu. Die Aufnahme von Handelsbeziehungen werde vor allem dadurch erschwert, daß ein nationalisiertes Handelssystem, in dem jeder private Handel als ein Vergehen betrachtet werde, nicht in Verbindung zu bringen sei mit einem privatwirtschaftlichen System, wie es bei uns bestehe. Was die Meinung angehe, daß durch die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetmacht diese gestärkt werde, so sei dieser Gesichtspunkt nicht ausschlaggebend. Lloyd George habe vor kurzem den richtigen Ausspruch getan, daß schlimmer als eine schlimme Regierung gar keine Regierung sei. Unsere Aufgabe sei es daher, nicht die Sowjetmacht zu stützen, sondern dem russischen Volk die Gelegenheit zu einer Reorganisation zu geben.

Legionärherrschaft.

Ohne oder sogar gegen den Auftrag der Prager Regierung haben tschechische Soldaten die Denkmäler Josephs II. in Teplitz und Eger entfernt; in Teplitz wurde das Standbild unversehrt ins Museum geschafft, in Eger hat man es nach zahlreichen Vorbildern in der ersten Zeit der Beherrschung Deutschböhmens roh herabgerissen; es wurde nachher ohne den rechten Arm wieder aufgestellt und von Deutschnationalen bewacht. Sie haben die heranführenden Straßen aufgerissen, um die Anfahrt von Militärautos zu hindern.

Die Regierung, die sich auf die Soldaten stützt, kann gegen sie nichts tun; böte sie deutsche Truppen, deren es ja nach der Durchführung der Musterung gibt, gegen die Legionäre auf, so würde sich das reguläre tschechische Militär auf deren Seite stellen. Die Legionäre gelten als die Nationalhelden, das Volk meint, daß ohne ihre Desertion zu den Entente-Armeen und vor allem ohne ihre „Eroberung" der deutschen Gebiete der Tschechenstaat heute vielleicht nicht in seinem wirklichen Umfang bestünde. Die Demobilisierung ist zwar angeordnet, ob aber die Legionäre sich ihr fügen, wissen wir nicht. In den Standbildern Josephs, des Bauernbefreiers und Klösterfeindes, hassen die Tschechen einmal das Denkmal des Germanisators, dann aber auch ein Sinnbild des geschlossenen deutschen Sprachgebiets, in dem diese Standbilder überall errichtet worden sind.

Kein Zweifel, daß diese Streiche, die neben allem anderen die Deutschböhmen zur Siedehitze erregen, dem Präsidenten Masaryk und selbst der Beamtenregierung höchst unerwünscht sind. Sie wollen und müssen den Frieden mit den über drei Millionen Deutschen suchen. Ein Staat, dessen Ausdehnung auf Gewalt begründet ist, muß unter diesem Geburtsübel dauernd leiden.

Auslandsrundschau.

Der „Matin" meldet, daß die Wiedergutmachungskommission die deutsche Regierung aufgefordert habe, Sachverständige nach Paris zu entsenden, damit spätestens am 20. November die Frage der Viehablieferungen seitens Deutschlands, welche der § 4 des Zusatzprotokolls 8 vorsieht, geregelt werde.

Der Wiener Delegierte der Sowjetregierung für Kriegsgefangenenfragen, Warschawski-Braunst, wurde ersucht, seine Tätigkeit in Wien ausschließlich auf die Kriegsgefangenenfürsorge zu beschränken.

Zwei neue Funksprüche Tschitscherins werden gemeldet. In dem einen an die Horthy-Regierung teilt die Sowjetregierung mit, daß das Schicksal der als Geiseln verhafteten zehn höheren ungarischen Offiziere identisch mit dem Schicksal der ungarischen Kommunisten verknüpft sei, deren Prozeß sich in Budapest dem Ende nähert. In dem anderen schlägt Moskau der chinesischen Regierung eine Art Militärabkommen vor, zur gemeinsamen Vernichtung der in Ost-Sibirien geschlagenen weißgardistischen Verbände, die sich auf mongolisches Gebiet begeben haben.

Der amerikanische Finanzmann Vanderlip berichtete aus der Rückreise von Moskau in Stockholm, daß einem amerikanischen Syndikat für 60 Jahre das ganze nordöstliche Sibirien (400 000 Quadratmeilen) verpachtet worden sei. Die Gerüchte über Aufstände und Straßenkämpfe in Moskau seien vollständig unbegründet.

Die Sowjettürken haben Batum, den großen kaukasischen Schwarzmeerhafen, besetzt. England soll seine Truppen aus der Türkei zurückziehen wollen, auch aus Mesopotamien, das eine arabische Regierung übernehmen soll. Die Schwarzmeerflotte soll angeblich gegen Wrangel und die Roten neutral bleiben. Die ukrainische Offensive gegen die Roten geht noch weiter. Der Zusammenbruch Wrangels schreitet fort.

Der kommunistische Betriebsrat des sozialdemokratischen Hauptorgans „Pravo lidu" (Volksrecht) in Prag, der das Blatt durch Vergewaltigung betrieb und statt seiner das „Rude Pravo" (Rotes Recht) herausgab, ist verurteilt worden, jede weitere Besitzstörung zu unterlassen.

Bei den Kammerwahlen in Athen siegten in zwei Kreisen die Venizelos-Kandidaten mit Zweidrittelmehrheit.

Offiziös läßt die Belgrader Regierung melden, daß das Abkommen von Santa Margherita große Erregung hervorgerufen habe. In ganz Südslawien fänden Protestkundgebungen statt.

Die Freiwilligen d'Annunzios haben die Inseln Veglia und Arbe, südöstlich von Fiume, und anderes, nach dem Vertrag von Rapallo südslawisches Gebiet, besetzt.

Infolge der Weigerung der Eisenbahner Irlands, englische Truppen zu befördern, hat die Londoner Regierung den Militär- und Marinebehörden weitgehende Ermächtigung erteilt, den gewünschten Verkehr fortzuführen, jeden anderen zu hindern.

Wirtschaft

Mündelsicher.

Die Frage der Anlage von Mündelgeld behandelt ein Artikel der „Deutschen Tageszeitung", der zeigt, wie die Gesetzbestimmungen infolge der völlig veränderten Wertverhältnisse geradezu zu Unsinn werden. Dort heißt es:

Der Grundgedanke bei der Mündelsicherheit ist, daß möglichst kein Kapitalverlust bei der Anlage von Mündelgeldern erfolgen soll. In dieser Beziehung „sicher" erscheint nur die erste Hypothek. Jede Anlage in Wertpapieren kann infolge der Kursschwankungen zu Verlusten führen — sogar zu sehr erheblichen Kursverlusten, wie wir aus den Kriegserfahrungen wissen. Durch die Ausgabe von 5prozentigen Kriegsanleihen ist der Kurs der anderen niedriger verzinslichen Staats- und Kommunalpapiere ganz erheblich gesunken. Es betrug der Kurs der

	Ende 1918	Steuerkurs Ende 1916	Kurs 21. Okt. 2[illegible]
5proz. Kriegsanleihe	—	98	77,50
4proz. Reichsanleihe	96	88	67,40
3½proz. Reichsanleihe	85	78	57,10
3proz. Preuß. Consols	76	67	50,—
4proz. Brandenb. Prov.-Anl. . .	95,50	89	94,25
3½proz. Brandenb. Prov.-Anl. .	84,50	79	99
4proz. Pom. landsch. Pfandbr. .	94,10	90	101
3½proz. „ „ „ .	85,—	78	57,25
3proz. „ „ „ .	75,40	68	75,25

Trotz aller Unsicherheiten sind die öffentlichen Anleihen mündelsicher. Ja, es soll vorkommen, daß Vormünder nicht nach dem Gesetz mündelsichere Wertpapiere, die sich in der Hinterlassenschaft befinden, veräußern wollen, um dafür sogenannte „mündelsichere" Papiere zu erwerben. Wenn also ein Vater seinen Kindern z. B. Industrieaktien hinterläßt, dann sollen diese veräußert werden, um dafür vielleicht Kriegsanleihen zu kaufen. Gibt es einen größeren Unsinn als solche unzeitgemäßen Gesetzesbestimmungen, die eine direkte Gefährdung der Mündelgelder erzwingen lassen können? Nach der ganzen Entwicklung der Dinge eignen sich heute gerade die sogenannten mündelsicheren Wertpapiere am wenigsten als sichere Anlage.

Das Reichswirtschaftsmuseum.

Die Grundlage des in Leipzig errichteten Reichswirtschaftsmuseums (Institut für deutsche Volkswirtschaft) bildet das Deutsche Kriegswirtschaftsmuseum, das 1917 gegründet wurde. Es soll nunmehr in der Lage sein, ein Bild der deutschen Volkswirtschaft in ihren Hauptzweigen und von den Veränderungen, die durch die Kriegswirtschaft notwendig waren, zu geben. Der Besucher soll Aufschluß erhalten über die Rohstoffe, ihre Herkunft und ihre Verarbeitung; er soll erkennen, was aus Deutschland stammt und inwiefern wir vom Auslande abhängig sind. Die Schwierigkeiten der Einfuhr, des Transportes und die Notwendigkeit der Bevorzugung deutschen Materials sollen gezeigt werden. In enger Zusammenarbeit mit den Forschungsinstituten aller Wirtschaftszweige werden die Ergebnisse der Forschung, sobald sie für die Praxis verwendbar sind, im Reichswirtschaftsmuseum zur Darstellung gelangen.

Betriebseinschränkungen bei den Zeiß-Werken. Da die schlechte Geschäftslage bei den Karl-Zeiß-Werken in Jena weitere Arbeiterentlassungen und Betriebseinschränkungen notwendig macht, hat sich der Betriebsrat der Werke mit Unterstützung des Jenaer Gemeindevorstandes an den Staatsrat von Thüringen gewandt, um beim Reiche Aufträge von Lehrgegenständen und wissenschaftlichen Apparaten für die Werke zu erlangen. Die Verhandlungen mit den zuständigen Regierungsstellen, die zunächst finanzielle Bedenken geltend gemacht hatten, sind noch nicht abgeschlossen.

Ein Geschenk an den Lederhandel. Der Verband Deutscher Ledergroßhändler ersucht uns um Aufnahme folgender Berichtigung zu den von uns gemachten Ausführungen:

„Es entspricht nicht den Tatsachen, daß die Lederhändler ein weiteres Geschenk von 15 Proz. von der August-Konjunktur-Gewinn-Abgabe verlangt oder erhalten haben. Tatsache ist, daß der Konjunkturgewinn in Höhe von 60 Proz. an das Reich abgeführt wird. Ein bei der Reichslederstelle gebildeter paritätischer von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite beschickter Härte-Ausschuß hat einzig und allein eine Klarstellung darüber herbeigeführt, wie entsprechend den bestehenden Verordnungen der Höchstpreis und somit die 60 Proz. der Abgabe vom Handel zu errechnen sind. Um eine möglichst frühzeitige Flüssigmachung der Abgabe zugunsten der Reichsschuhversorgung herbeizuführen, hat diese paritätische Kommission ferner für die gesamte Lederwirtschaft, also nicht allein für den Handel, den bei sofortiger Zahlung der in 4 bis 6 Raten fälligen Abgabe als Gegenwert für alsbaldigen Zinsgenuß in Anrechnung zu bringenden Betrag bestimmt."

Ausländische Industriespionage. Die Handelskammer und die Gewerbekammer in Sonneberg warnen die Inhaber der Puppenfabriken vor dem Besuch von Ausländern, die jetzt Sonneberg besuchen, um Industriespionage zu treiben. Sie versuchen unter dem Vorwand, Abschlüsse zu machen, die Puppenfabrikation gründlich zu studieren, um die Fertigstellung der Puppen im Auslande zu ermöglichen.

Gewerkschaftsbewegung

Reichskongreß der Erwerbslosenräte.

Der am Sonntag eröffnete Reichskongreß der Erwerbslosenräte trat gestern in seine sachlichen Beratungen ein. Es wurde eine Delegation bestimmt, die sich mit dem neugewählten Reichsausschuß zum Arbeitsminister begeben soll, um mit ihm über die neuen Unterstützungssätze, die Zahlung einer Winterbeihilfe und die grundsätzliche Aufhebung der Beschränkung der Unterstützung auf 26 Wochen zu verhandeln. Kummerer beklagte in seinem Referat über: „Taktik und Organisation der Erwerbslosenräte", daß die Vertreter einer Macht, die ausschlaggebend für ganz Deutschland sein müßte, wie ein Kümmelblättchenverein ohne jede Anteilnahme der Oeffentlichkeit tage. Er forderte rücksichtslosen Kampf und Organisierung unter Anschluß an die Gewerkschaften. Zudem müsse Politik getrieben werden, da es ohne dem keine Erwerbslosenfürsorge gebe. Mit der Parole: Gegen die konterrevolutionären Gewerkschaften schloß er.

Stöcker bezeichnete in der Diskussion die gestrige Sprengung der „Betriebsrätekonferenz" als einen Irrsinn. Nur Dummköpfe oder bezahlte Agenten der Bourgeoisie könnten so handeln. Wer da meine, der Arbeitslose an sich sei schon ein Revolutionär, der irre sich, er sei

nur ein Rebell.

Schröder von der Betriebsrätezentrale behauptet, daß zwei Orgesch-Leute die Führer der gestrigen Arbeitslosen-Demonstration im Sportpalast gewesen seien. Dem einen habe man 500 M. und seine Papiere abgenommen.

Es wurden sodann zwei Entschließungen eingebracht. In der einen erklärt der Kongreß, daß er das gestrige Vorgehen der Arbeitslosen bei der Sprengung der Betriebsrätekonferenz als verbrecherisch und konterrevolutionär verdamme und die Berliner Arbeitslosen auffordere, sich von dieser Gruppe loszusagen. In dem zweiten Antrag erklärt es der Kongreß für notwendig, daß die Erwerbslosen überall die Verbindung mit den in Frage kommenden Organisationen aufnehmen, und verlangt, daß den Erwerbslosen eine ihrer Zahl und Bedeutung entsprechende Vertretung eingeräumt wird. Als Ziel des Kampfes der Erwerbslosen wird die kommunistische Gesellschaft bezeichnet. Als Gegenwartsforderungen werden aufgestellt: Eine menschenwürdige Existenz, die durch Arbeitsbeschaffung oder Unterstützung in der Höhe des Existenzminimums der kapitalistischen Gesellschaft abgerungen werden muß, und die Aufnahme des Kampfes um die Kontrolle der Produktion.

In der gestrigen Nachmittagssitzung rechnete Leliefskis scharf mit den kommunistischen Betriebsräten ab. Er wußte die Tatsache mitzuteilen, daß die Fraktionsvorstände der Kommunistischen Partei am letzten Mittwoch in einem Privatauto der Fabrikanten zu einer — nicht näher bezeichneten — Sitzung gefahren seien. Ein gewisser Kroschewski aus Elbing forderte, daß jede Aktion zu einem Generalstreik ausgebaut werde und behauptete, daß die Revolution in der Hauptsache nichts anderes als eine Magenfrage sei. Der Vertreter des Landesvorstandes der bayerischen Erwerbslosenräte Rosenauer mußte sich den Zuruf „Orgeschleute!" gefallen lassen, weil er im Namen seiner Gesinnungsgenossen drohte, die „Versammlung" zu verlassen, falls das politische Moment aus den Beratungen nicht ausgeschlossen wird. Nach langer erregter Debatte beschloß man im Sinne der Bayern, worauf die Diskussion fortgesetzt und kräftig weiter auf die konterrevolutionäre Führung der Gewerkschaften geschimpft wurde. Nach einem Schlußwort Kummerers wurde einstimmig ein Antrag angenommen, worin das vorhandene und das im Entwurf befindliche Arbeitslosenversicherungsgesetz ohne jede Diskussion abgelehnt wird.

Neue Tarifbewegung in der Holzindustrie.

Der Reichstarifvertrag für das deutsche Holzgewerbe, der am 3. Februar 1920 abgeschlossen wurde, gilt bis zum 15. Februar 1921 und läuft ein Jahr weiter, wenn er nicht bis zum 15. November 1920 gekündigt wurde. Um sich über die zu ergreifenden Maßnahmen zu verständigen, hatte der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes auf den 6. November eine Konferenz einberufen, an welcher außer den Gauvorstehern die Vertreter von mehr als 150 Vertragsorten teilnahmen. Das Ergebnis der Konferenz war die Annahme der folgenden Resolution:

„Die Konferenz hält eine Kündigung der Verträge nicht für erforderlich. Sie beauftragt jedoch den Vorstand und die zentrale Verhandlungskommission, mit den Arbeitgebern Verhandlungen über einen weiteren Ausbau der Vertragsbestimmungen aufzunehmen. Beim Abschluß neuer Verträge ist stets die Grundlage des Reichstarifvertrages einzuhalten.

In Anbetracht der immer noch steigenden Kosten der Lebenshaltung ist die Frage einer Lohnerhöhung brennend geworden. Die Konferenz hält an der zentralen Grundlage für die Lohnbildung fest. Sie beauftragt den Verbandsvorstand, auf der Grundlage der im Reichstarifvertrag festgelegten Lohnsätze allgemeine Lohnforderungen zu stellen. Als Mindestmaß fordert die Konferenz eine weitere Lohnerhöhung von 20 Proz. in den Orten, die seit Abschluß des Reichstarifvertrages bereits 35 Proz. erhalten haben. Danach ergeben sich Spitzen-Durchschnittslöhne für die Facharbeiter von 6,80 M. in Klasse I, 6,40 M. in Klasse II, 6 M. in Klasse III, 5,60 M. in Klasse IV, 5,20 M. in Klasse V und 4,80 in Klasse VI, wonach die Löhne der übrigen Arbeiterkategorien und die Mindestlöhne entsprechend dem Reichstarifvertrage zu bemessen sind. Im Rahmen dieser Sätze sind die Mindestforderungen zu halten, die nach Verständigung mit dem Vorstand in allen Vertragsgebieten bzw. Orten, die dafür geeignet erscheinen, einzureichen sind."

Der Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe hat seine Generalversammlung, die zur Vertragskündigung Stellung nehmen soll, auf den 18. November anberaumt. Der Arbeitgeberschutzverband hat verschiedene Abspliterungen zu verzeichnen, anderseits ist eine lebhafte Bewegung im Gange, die auf eine enge Kartellierung der verschiedenen in der Holzindustrie vorhandenen Unternehmerorganisationen abzielt. Es ist nicht unmöglich, daß die Beschlüsse des Arbeitgeberschutzverbandes von dieser Bewegung stark beeinflußt werden. Die Lage in der Tarifbewegung im Holzgewerbe wird sich deshalb erst dann völlig übersehen lassen, wenn die Beschlüsse der Unternehmer vorliegen.

Fortdauer des Hamburger Rieterstreiks.

Hamburg, 15. November. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts"). Der Rieterstreik dauert, ohne daß die wiederholten Bemühungen der Organisationen und die eingeleiteten Verhandlungen zu irgendeinem Erfolg geführt hätten, an. Es beginnen nunmehr auch bereits die Folgen sich bemerkbar zu machen, da von der Arbeit der Rieter eine Anzahl Kategorien anderer Werftarbeiter abhängig ist; so mußten bei der Firma Blohm u. Voß bereits einige 100 Arbeiter den Dienst einstellen. Die Betriebsräte der Werften haben sich, da weitere Einstellungen unabwendbar erscheinen, an den Demobilmachungskommissar gewandt, der eine Sitzung zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ansetzte. Diese ergab folgendes Resultat: Die Hamburger Werften sind bereit, alle Rieter zu den alten Bedingungen wieder einzustellen. Sie behalten sich vor, gegen diejenigen, welche passive Resistenz geübt haben, beim Schlichtungsausschuß vorzugehen und den Schiedsspruch anzuerkennen. Zentrale Verhandlungen können sofort beginnen, sobald der tarifmäßige Zustand auf allen Werften der norddeutschen Gruppen wiederhergestellt ist. In einer Versammlung der Streikenden, in der die Mehrzahl der Redner für Beendigung der Bewegung unter diesen Bedingungen eintrat, wurde jedoch auf Betreiben der Kommunisten das Verhandlungsergebnis abgelehnt.

So geht der wilde Streik auf den Hamburger Werften weiter, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Bewegung noch weitere Kreise zieht, wenn die verhetzten Rieter nicht aus Vernunftgründen von ihrem Standpunkt abweichen und wenn der Streik nicht mangels jeder Unterstützung durch die Organisationen von selbst zusammenbricht. In jedem Falle aber hat der Streik wie alle anderen wilden Aktionen der Arbeiterschaft eher geschadet als genützt.

Ueberschichtenabkommen im Niederschlesischen Bergbau.

Bereits seit vier Monaten wird im Niederschlesischen Kohlenrevier über die Neugestaltung der Löhne verhandelt. Die Organisationen hatten eine Erhöhung der Löhne um 15 Proz. beantragt, denn es ist eine bekannte Tatsache, daß das Niederschlesische Revier mit den Löhnen gegenüber anderen deutschen Revieren erheblich zurücksteht. Am vergangenen Mittwoch fanden nun Verhandlungen der Organisationsvertreter mit den Unternehmern statt. Die Werksvertreter erklärten sich dazu bereit, den Lohnforderungen der Arbeiter in gewissen Beziehungen entgegenzukommen, wenn ein Ueberschichtenabkommen mit gleichmäßiger Verteilung der Ueberschicht und mit einem gegenüber dem ursprünglichen Abkommen ermäßigten Zuschlag zustande kommt. Die Lohnverhandlungen führten zu folgender Vereinbarung:

In Zukunft werden an drei Tagen der Woche an die Frühschicht und an drei Tagen in der Woche zwei Stunden an die Mittagsschicht angehängt.

Auf Wunsch der Nachtschichter sollen auch an deren Schicht in gleicher Weise dreimal in der Woche zwei Stunden angehängt werden, falls die Werksleitung mit ihren Betriebsräten sich nicht auf eine andere Art einigt. Sechs solche Ueberstunden werden dann ebenso wie die dreimal zwei Stunden als volle siebenstündige Beischicht gerechnet.

Für diese Ueberstunden werden neben den tariflichen Zuschlägen folgende Zulagen je Ueberschicht festgesetzt: Die wöchentliche Brotration beträgt einschließlich der rationierten Menge und etwaiger Schwerstarbeiterzulagen 4400 Gramm. Zwei Pfund Fett für eine solche Ueberschicht zum Preise von zurzeit 7 Mark je Pfund für die Dauer des ersten Monats des Abkommens. Ein Pfund Zucker je Schicht zum Preise von 5 Mark pro Pfund. An Stelle von Fett und Zucker treten auf Wunsch Textilwaren und Bekleidungsgegenstände, deren Preis um ein Drittel verbilligt wird. Die Verteilung erfolgt nach näherer Festsetzung der hierfür zu bildenden paritätischen Kommission.

Als Ueberschichten in obigem Sinne gelten die der gewöhnlichen Förderschicht anhängenden zwei Stunden, wenn darin mindestens 75 v. H. der Förderdrittel unter Tage die Ueberarbeit verrichten. Die Arbeiter über Tage von über 16 Jahren erhalten, solange auf einer Grube das Ueberschichtenabkommen erfüllt wird, für die achte Stunde einen Zuschlag von 25 v. H. Verfährt ein Arbeiter über Tage alle Schichten einer Woche voll, so wird dieser Zuschlag für 7 Stunden berechnet, sonst nur von den tatsächlich verfahrenen Schichten. Dieses Abkommen kann beiderseits vierzehntägig gekündigt werden.

Unter der Voraussetzung, daß vorstehendes Abkommen in Kraft tritt, werden für die Dauer desselben folgende Lohnerhöhungen unter den Organisationen vereinbart:

Jeder Arbeiter, welcher Kindergeld bezieht, erhält außerdem 2,50 M. Haushaltungsgeld je Schicht. Das Kindergeld wird von 1,60 M. auf 2,50 M. erhöht. Jeder unverheiratete Arbeiter über 16 Jahre erhält einen Schichtenzuschlag von 1,25 M.

Eine Betriebsrätekonferenz, an der sämtliche Betriebsräte der Niederschlesischen Kohlenbergwerke teilnahmen, nahm das mit den Unternehmern abgeschlossene Ueberschichtenabkommen mit 95 gegen 21 Stimmen und 6 Stimmenthaltungen endgültig an.

Die Arbeitgeber im Textilgroßhandel wollen bekanntlich erst dann verhandeln, wenn die streikenden Angestellten ihre Arbeit wieder aufgenommen haben. Den Verheirateten boten sie sogar eine kleine Zulage in der Hoffnung, daß sie dann bestimmt in die Betriebe gehen würden. Diese Unternehmerhoffnungen haben sich aber nicht erfüllt. Der Kampf hat vielmehr noch eine Verschärfung erfahren. Am Montag legten auch die Hausdiener und Packer auf Grund unehrenhafter Zumutungen die Arbeit nieder. Maßgebende Persönlichkeiten der Großkonfektion haben nach einer Mitteilung der Zentral-Streikleitung beschlossen, Reisenden und Vertretern der bestreikten Betriebe während der Streikdauer keine Aufträge zu erteilen.

Für ein zentrales Kaufmannsgericht. Zu dieser von uns wiedergegebenen Zuschrift des Zentralverbandes der Angestellten teilt das Reichsarbeitsministerium mit, daß die Notverordnung vom 29. Oktober 1920 lediglich ergangen ist, um die durch die Erhöhung der Löhne und Gehälter seit dem Frühjahr des Jahres eingetretenen Schwierigkeiten, insbesondere bei der Auswahl der Beisitzer innerhalb der Zuständigkeitsgrenze zu beseitigen. Die Entscheidung grundsätzlicher Fragen mußte der ordentlichen Gesetzgebung überlassen werden.

Achtung, Borsig-Arbeiter! Heute 2 Uhr Betriebsversammlung aller Streikenden und Ausgesperrten im Borsig-Kasino. Erscheinen Pflicht.
Der Betriebsausschuß.

Achtung, Buchdrucker! Donnerstag 7 Uhr Bezirk 4 (Osten) im „Freischütz", Fruchtstraße 36, Bezirk 3 (Nordosten) im „Bürgerheim", Alte Schönhauser Str. 23/24, wichtige Zusammenkünfte sämtlicher Kollegen, die auf dem Boden der praktischen Gewerkschaftsarbeit stehen. Ohne Legitimation kein Zutritt.
K. A.: Blumenthal.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Graphisches Gewerbe. Vertrauensleute aus dem Buchhandels, Buchdruckereien, Buchbindereien, Zeitungsverlagsanstalten, Papier- und Pappen-engros-, Briefumschlag-, Journallesezirkel-, Kolportage-, photographischen und chromolithographischen Betrieben, sowie Zettelankleber und Expreßfahrer. Heute 6 Uhr in der Schulaula der 7. Gemeindeschule, Stallschreiberstraße 54, Aufgang 4 (Nähe Moritzplatz) wichtige Vertrauensleutesitzung.

Soziales.

Das Gehalt des Kriminalbeamten.

Aus Kreisen der Kriminalbeamtenschaft wird uns geschrieben: Man würde dem Kriminalbeamten unrecht tun, wenn man ihn der Gruppe der Bureauangestellten zuwiese. Der Kriminalbeamte ist kein Bureaukrat, seine Tätigkeit im Dienstgebäude beschränkt sich auf notwendige Vernehmungen, Einsicht in das vorhandene Material und Erhaltung der Verbindung mit den Vorgesetzten und Kameraden. Seine Haupttätigkeit liegt auf der Straße. Für ihn existiert kein Achtstundentag! Diese fortwährende nervenaufreibende Tätigkeit bedingt vorzeitige Abnutzung, besonders mit Rücksicht auf die stete Lebensgefahr persönlicher Art. Nicht zu unterschätzen sind auch die Gefahren, die den Beamten auf moralischem Gebiete drohen. Die Millionenbetrüger und Millionenschieber legen keinen Wert auf eine Bestechungssumme.

Dem allen scheint man in der Beamtenbesoldungsreform nicht Rechnung tragen zu wollen. Abgesehen von den üblichen Zulagen können die Kriminalwachtmeister bestenfalls ein Höchstgrundgehalt von 7500 M., die Kriminaloberwachtmeister ein solches von 8100 M., die Bezirksoberwachtmeister von 8700 M. erreichen. Daß den Oberwachtmeistern und Wachtmeistern bedingungsweise mehr Bezüge in Aussicht gestellt sind, trifft nur eine beschränkte Anzahl von Beamten. Die gleichen Bezüge erhalten Beamtenklassen mit rein mechanischer oder bureaumäßiger Tätigkeit, die keiner Gefährdung ihrer Person, keiner übermäßigen Abnutzung ihrer Körper- und Geisteskräfte, keiner Bestechungsgefahr ausgesetzt sind und mit Erledigung ihrer Dienststunden ihre Pflicht erfüllt haben.

Gleich unverständlich ist die Eingliederung der höheren Beamten in die Gruppen VII, VIII und IX der Besoldungsordnung mit einem Höchstgrundgehalt von 9900, 10 200 und 11 400 M. Dabei ist zu bemerken, daß das Höchstgrundgehalt von 10 200 M. nur von einer sehr geringen Anzahl von Kommissaren und das Höchstgrundgehalt von 11 400 M. nur von den Kriminalinspektoren, Herren im vorgerückten Lebensalter, erreicht wird. Zurzeit entfallen auf 85 Kriminalkommissare in Berlin 14 Kriminalinspektoren.

Demgegenüber muß es wunder nehmen, daß die Polizeioffiziere, die unter gleichen Bedingungen angenommen und gleich ausgebildet werden und deren Prüfungsbedingungen dieselben wie für die Kriminalbeamten sind, jetzt zur Schutzpolizei übernommen und bei gleichem oder geringerem Dienstalter in die Gruppen IX, X und XI eingegliedert werden. Kein Einsichtiger wird sich der finanziellen Notlage der Regierung verschließen. Aber kein Einsichtiger wird auch leugnen, daß bei der Reform trotz der Notlage nach Gerechtigkeits- und Billigkeitsprinzipien vorgegangen werden muß.

Gerichtszeitung.

Ein unaufgeklärter Mord spielt in eine recht umfangreiche Anklagesache hinein, welche gestern die 2. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrats Baethke beschäftigte. Wegen schweren Diebstahls bzw. Anstiftung hierzu waren angeklagt: Der Kutscher Hermann Saarmann, der Arbeiter Johann Pitsin, der Händler Fritz Warneburg und die Frau Frieda Jänsch geb. Zähne. — In der Nacht zum 14. Februar dieses Jahres wurde der Schuhmachermeister Göppner durch einen durch die Ladenscheibe seines in der Friedenstraße 58 gelegenen Geschäfts gefeuerten Pistolenschuß auf der Stelle getötet. Als bald darauf eine Streife der Sipo hinzukam, bemerkte sie noch in dem Laden des G. mehrere Männer, die sofort die Flucht auf den Hof ergriffen, dort eine Mauer überkletterten und spurlos verschwanden. Kriminalkommissar Lehnerdt, welcher die Ermittlungen in der Mordsache leitete, erhielt von verschiedenen Seiten Mitteilungen über verdächtige Aeußerungen der Mitangeklagten Jänsch. Diese führten dazu, daß die ganze Gesellschaft verhaftet wurde. — Vor Gericht bestreiten alle vier Angeklagte, irgend etwas mit der Tat zu tun zu haben. Dem von der Anklage geführten Indizienbeweis, der auch neues Material in der noch schwebenden Mordsache erbringen soll, ist von den Rechtsanwälten Riegner, Schröder, Müller und Grünewald ein umfangreicher Alibibeweis gegenübergestellt worden. Zu der Verhandlung, für die zwei Tage in Aussicht genommen sind, sind 40 Zeugen und der Gewehrfabrikant Max Barella als Sachverständiger geladen.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.